Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung



Unsere Welt



Kriegsüberbleibsel im Sudan. Foto: UN Environment Programme

Umwelt und bewaffnete Konflikte

Beschränkte Gesellschaft ohne Haftung

Schon die Antike kannte Regeln, überlebenswichtige Ressourcen wie zum Beispiel sauberes Wasser während bewaffneter Konflikte zu schonen. Auch heute fehlt es nicht an entsprechenden Richtlinien, Konventionen und Übereinkünften. Dennoch wird die Umwelt im Krieg hemmungslos geopfert und gar als Waffe oder als Mittel der Erpressung eingesetzt. Die UNO-Völkerrechtskommission will dies ändern.

Von Martin Schwander

Gegen 190 Millionen Menschen werden wohl den Kriegen des 20. Jahrhunderts direkt zum Opfer gefallen sein. Betrug der Anteil der Zivilpersonen an diesen Opfern im Ersten Weltkrieg um die 5%, ist er nach Schätzungen des IKRK in den Kriegen, die gegen Ende des letzten Jahrhunderts stattgefunden haben, auf 90–95 % gestiegen. Für die Umwelt, für die natürlichen Ressourcen, für Fauna und Flora fehlt eine entsprechende Statistik.

«Leider ist die Notwendigkeit, die Umwelt im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten zu schützen, heute dringender als je zuvor», meint die frühere Sonderberichterstatterin der UNO-Völkerrechtskommission, Botschafterin Marie G. Jacobsson. Die Entwicklung der Waffentechnik habe in den letzten hundert Jahren zu einer beispiellosen Gefährdung der natürlichen Ressourcen geführt. Neben den Risiken, die allein schon von konventionellen Mitteln und Methoden der Kriegsführung ausgingen, drohten Umweltschäden im Zusammenhang mit der Erprobung oder gar dem Einsatz von Atomwaffen.

Dabei ist bereits das Erbe vergangener Konflikte ungeheuerlich.

Explosiver Nachlass

Nehmen wir beispielsweise Geschosse und Sprengmunition, die ohne zu detonieren im Boden verbleiben. Die

«Eiserne Ernte» der Somme etwa, die explosive Hinterlassenschaft der Offensive von 1916, die mehr als einer Million Menschen das Leben gekostet hatte, ist bis heute nicht eingebracht. Die norwegische Aktion gegen Waffengewalt AOAV schätzt, dass es weitere 500 Jahre dauern könnte, bis dieses Vermächtnis von Blindgängern beseitigt ist. In Frankreich, Belgien und Deutschland gibt es noch heute «rote Zonen», die wegen anhaltender Kontamination aus dem Zweiten Weltkrieg für landwirtschaftliche Nutzungen gesperrt sind. Zwischen 2006 und 2008 wurden laut AOAV auf britischen Baustellen über 15000 nicht explodierte Kampfmittel entfernt. Aber auch wenn sie nicht explodieren, sind Überreste von Sprengmunition im Boden im höchsten Masse schädlich, weil sie Elemente enthalten, die dauerhaft in der Biosphäre verbleiben, mit toxischen Folgen für Wasserorganismen und gesundheitsschädlichen Auswirkungen auf Menschen. Selbst die Zusammensetzung der Munitionshüllen ist bedenklich, da sie aus Schwermetallen wie Kupfer oder Blei besteht.

«Die giftigen Rückstände von militärischer Munition im Trinkwasser, im Boden, im Oberflächenwasser und in der Luft», so die norwegische AOAV, «können manchmal eine grössere Gefahr für mehr Menschen darstellen als die eigentliche Explosion.» Solche Umweltschäden würden

nur allzu oft übersehen, da sie sowohl während eines Konfliktes als auch danach als weniger wichtig betrachtet werden. «Aber es ist klar, dass solche Auswirkungen – von Schäden an der Infrastruktur über nicht explodierte Munition bis hin zu Schäden in der Landwirtschaft und der Vernichtung von Flora und Fauna – das Leben derjenigen, deren Welt bereits durch einen Konflikt zerrissen wurde, noch weiter zerstören.»

Umwelt aussen vor

Lange wurden derartige «Kollateralschäden» vom humanitären Völkerrecht mehr oder weniger hin- und ausgenommen. Zwar besagt bereits ein in der Petersburger Konvention vom 11. Dezember 1868 niedergelegter Grundsatz, dass Konfliktparteien kein unbeschränktes Recht der Wahl der Methoden und Mittel der Kriegsführung haben. Und auch der Begriff der Verhältnismässigkeit im Waffeneinsatz, der in andern Abkommen der Vergangenheit etwa aufgeführt wird, kann mit gutem Willen als Bemühung interpretiert werden, die Umwelt vor Kriegsexzessen zu schützen.

Spezifische Umweltschutzverträge jedoch liessen warten. Die Grundsätze der Antike, lebenswichtige Ressourcen zu schonen, waren längst vergessen, als etwa US-Bürgerkriegsgeneral Philip Sheridan («Nur ein toter Indianer ist ein guter Indianer») daran ging, Bisonherden zu vernichten, um die nordamerikanischen Ureinwohner in Reservate zu zwingen. Oder als im Ersten Weltkrieg weite Landstriche Europas durch Schützengräben und Giftgas verheert wurden. Oder als im Zweiten Weltkrieg die Norweger Fortsetzung auf Seite 2

Unsere Welt

Schweizerische Friedensbewegung Postfach 2113, 4001 Basel 44. Jahrgang Nr. 2 – 2021 Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

Frieden und Umwelt: Konflikttreiberin Klimakrise	2
US-Blockade: Schweizer Banken im Kriechgang	3
Kriegsspiele der NATO: Defender Europe 2021	4
Krise in der Ostukraine: Angriff auf Donbass	5
Krieg im Kaukasus: Gefangen im Teufelskreis	6
Kriegsdienstverweigerung in Israel: Kostbare Freiheit	7
150 Jahre Rosa Luxemburg: Erschütternde politische Orkane	8

Unblock Cuba

Nationalrat gegen US-Blockade

Der Nationalrat fordert den Bundesrat auf, eine aktivere Rolle gegen die von den USA über Kuba verhängte Wirtschaftsblockade einzunehmen und Massnahmen zu prüfen, wie Handel und Investitionen mit Kuba ermöglicht werden können. Anlass war die breit getragene Petition «Unblock Cuba». Der Widerstand des Bundesrats dagegen lässt tief blicken.

Von Jonas Jäggi

«Die Schweiz hat in Kuba einen hohen Stellenwert und konnte in der Vergangenheit in vielen Konflikten behilflich sein. Umgekehrt ist Kuba immer wieder eine zuverlässige Fürsprecherin für Schweizer Anliegen bei Missstimmigkeiten mit sozialistischen Staaten. Die Schweiz hat über Jahrzehnte in Kuba an vorderster Stelle erfolgreiche Entwicklungsprojekte umgesetzt. Leider hat die Armut der Bevölkerung weiter zugenommen. Hauptgrund dafür ist die seit 60 Jahren einseitig geltende Wirtschaftsblockade der USA, welche mehrmals von der UNO als im Sinne des Völkerrechts als [sic] illegal verurteilt wurde. Es ist an der Zeit, dass die Schweiz proaktiv zur Erfüllung der UN-Beschlüsse weitere Schritte unternimmt.»

Dieser Text entstammt nicht etwa einem Communiqué aus der Kuba-Solidaritäts-Bewegung, es ist die Begründung des Postulats mit dem Titel «US-Blockade gegen Kuba aktiv bekämpfen», das der Nationalrat am 9. März mit 98 gegen 89 Stimmen annahm. Der Nationalrat beauftragt darin den Bundesrat, «aufzuzeigen, wie er mit Blick auf die neue US-Regierung

einen Beitrag leisten will, damit eine der ärmsten Bevölkerungen auf diesem Planeten von den jahrzehntelangen Fesseln der notbringenden Wirtschaftsblockade befreit werden kann.»

Überraschende Koalition

Dass ein solches Postulat im bürgerlich dominierten Nationalrat eine Mehrheit fand, überrascht nicht zuletzt wegen deren Zusammensetzung: Neben SP und Grünen stimmte nämlich auch die Fraktion der FDP/Liberalen geschlossen dafür und positionierte sich damit gegen ihren eigenen Bundesrat Cassis. Dies ist wohl nicht zuletzt dem Zürcher FDP-Nationalrat und Bankdirektor Hans-Peter Portmann zu verdanken, der schon in der vorberatenden Kommission eine treibende Kraft hinter dem Postulat war. Dagegen stimmten SVP, Grünliberale und bis auf vier Abtrünnige auch die Fraktion «Die Mitte».

Das Resultat ist ein Erfolg für die «Unblock Cuba»-Kampagne, die im September 2019 startete. In deren Rahmen wurde im Dezember letzten Jahres die von *medicuba-suisse* und der Vereinigung Schweiz-Kuba lancierte, breit abgestützte Petition «Unblock

Fortsetzung auf Seite 3

OMG / WTF / LOL

rumo. Falls Sie von diesen Chat-Abkürzungen KA (keine Ahnung) haben, müssen Sie sich keine Sorgen machen. In der Regel handelt es sich um unwichtige Floskeln. Wenn Sie sie auswendig lernen, ist es möglicherweise auch schon 2L84U (too late for you). Wiewohl sich die Abkürzungen exponentiell vermehren, kann deren Halbwertszeit sehr kurz sein und Sie haben sich vergebens bemüht. Deshalb einfacher: GIYF (eine Suchmaschine benutzen), falls Sie es nicht entziffern können. Oder Sie lassen es bleiben, es könnte nämlich zu SMH (Kopfschütteln) führen. BTW (übrigens) sind Nachrichten mit solchen Abkürzungen wahrscheinlich nur oberflächlich und eher inhaltslos, also YHBT (lassen Sie sich nicht zum Narren halten) und YOLO (man lebt nur einmal).

Gegen die Inhaltslosigkeit (Pandemie der Ahnungslosigkeit) kann man allerdings etwas tun. Zum Beispiel was Sie jetzt gerade tun, nämlich Zeitungen wie UW (Unsere Welt) lesen. Die vorliegende Nummer wird sich deutlich von den KA-Verbreitungsmedien abheben.

Liebe LeserInnen, bitte helfen Sie uns bei der Verbreitung von Inhalten, indem Sie für «Unsere Welt» werben, sie weitergeben und für sie spenden. Dafür können sie z.B. den beiliegenden EZS (Einzahlungsschein) benutzen.

VD Ihre SFB

Schweizerische Friedensbewegung SFB, 4001 Basel, *IBAN: CH 72 0900 0000 4000 1627 7.*

Unsere Welt 2 Mai 2021

Beschränkte Gesellschaft...

Fortsetzung von Seite 1

in ihren Tälern Erdrutsche auslösten, die Niederländer einen Drittel ihres Ackerlandes überfluteten, die Deutschen die tschechischen Wälder zerstörten und die Briten die Wälder in Deutschland und Frankreich niederbrannten. Selbst der nukleare Genozid von Hiroshima und Nagasaki liess die Umwelt in der darauf folgenden völkerrechtlichen Debatte aussen vor.

Vietnam als Wendepunkt

Bis 1971 versprühten die USA während des Vietnamkrieges fast ein Jahrzehnt lang über weite Teile Südvietnams mehr als 70 Millionen Liter an Herbiziden, um dem vietnamesischen Widerstand die Deckung durch seine Wälder zu nehmen und ihm mit der Zerstörung der Reisfelder die Nahrungsgrundlage zu entziehen. 45 Millionen Liter davon betrafen ein als «Agent Orange» bekannt gewordenes dioxinhaltiges Entlaubungsmittel.

Der Einsatz dieser extrem umweltschädigenden Chemikalie, die längst nicht abgebaut ist, immer wieder in die Nahrungskette gelangt und noch heute zu schweren Missbildungen bei Neugeborenen führt, war der eine «Tropfen» zu viel. Auf Betreiben der Sowjetunion wurde am 10. Dezember 1976 in der UNO das Übereinkommen über das Verbot der militärischen oder einer sonstigen feindseligen Nutzung umweltverändernder Techniken (ENMOD-Übereinkommen) abgeschlossen und in Kraft gesetzt.

Dieses erste Abkommen, das sich explizit auf den Schutz der Umwelt während kriegerischen Auseinandersetzungen bezieht, verpflichtet die Unterzeichnerstaaten – die Schweiz hat das Abkommen am 5. August 1988 (!) ratifiziert –, «umweltverändernde Techniken, die weiträumige, lange andauernde oder schwerwiegende Auswirkungen haben, nicht zu militärischen Zwecken oder in sonstiger feindlicher Absicht als Mittel zur Zerstörung, Schädigung oder Verletzung eines andern Vertragsstaates zu nutzen». Und es untersagt die Anwendung von Techniken, die durch bewusste Manipulation natürlicher Abläufe zur «Änderung der Dynamik, der Zusammensetzung oder der Struktur der Erde – einschliesslich der Flora und Fauna, der Lithosphäre, der Hydrosphäre und der Atmosphäre sowie des Weltraums » führen könnte.

Nur ein Jahr später, am 8. Juni 1977, fügte die Diplomatische Konferenz über die Neubestätigung und Weiterentwicklung des bei bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts (CDDH) dem Genfer Abkommen von 1949 ein Zusatzpro-

verwenden, die dazu bestimmt sind oder von denen erwartet werden kann, dass sie ausgedehnte, langanhaltende und schwere Schäden der natürlichen Umwelt verursachen». Artikel 55 dehnt das Verbot auf Waffen aus, deren umweltschädigende Wirkung dazu führt, dass in der Konsequenz «Gesundheit und Überleben der Bevölkerung» gefährdet sind und untersagt «Angriffe gegen die natürliche Umwelt als Repressalie».

Tiger soll Zähne erhalten

Damit wäre eigentlich alles gesagt und geregelt. Doch schwungvoll in Szene gesetzte Unterschriften unter internationale Verträge sind das eine. und meist trennt sie ein tiefer Graben von der Realität der darauf folgenden Einsatzbefehle. All die guten Worte verhinderten in der Folge nämlich weder die brennenden Ölfelder im Golfkrieg 1990 - 1991, noch die Verwendung von US-Munition mit abgereichertem Uran in Serbien, Irak, Afghanistan und Syrien. Sie unterbanden auch nicht die Bombardierung des Kraftwerkes Jiyeh in Libanon im Jahr 2006 durch Israel, als schätzungsweise 15000 Tonnen Heizöl ins Mittelmeer gelangten oder die Brandschatzung syrischer Ölquellen durch die ISIS, die eine hochgiftige Mischung aus Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid, Kohlenmonoxid, Feinstaub und Metallen wie Nickel, Vanadium und Blei freisetzte.

Die Liste bewusster Verstösse ist lang und führte die UNO-Völkerrechtskommission 2013 zum Beschluss, dem Umweltschutz bei bewaffneten Konflikten ein griffigeres Mittel zur Seite zu stellen, dem bislang zahnlosen Tiger sozusagen ein eisernes Gebiss zu verschaffen, indem Staaten für Umweltschäden haftbar gemacht werden sollen.

Tatsächlich ist nicht einzusehen, warum beispielsweise elektronische Geräte mit vorgezogenen Reyclinggebühren belegt, CO2-Abgaben verfügt und Tabak- oder Alkoholsteuern erhoben werden, aber weder Waffen noch Munition unter eine Gebührenpflicht fallen. Oder warum Menschen irgendwo auf der Welt haftpflichtig sind, wenn sie andern eine Scheibe einschlagen, einen Zaun umfahren oder einen Parkschaden verursachen, Staaten hingegen auf fremden Territorien nicht nur Tausende von Toten, sondern auch verbrannte Erden und Millionen Tonnen von Trümmern hinterlassen können, ohne zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Zwar fliessen Milliardenbeträge zur Finanzierung von Kriegen und militärischer Macht, aber eigentlich nie nur annähernd ähnliche Summen



Abwurf von «Agent Orange» über Südvietnam durch US-Flugzeuge 1966. Quelle: liberationnews.org

tokoll an, das ebenfalls die Umwelt als solche einbezieht. (Das vierteilige Genfer Abkommen und seine Zusatzprotokolle sind das Kernstück des humanitären Völkerrechts, jenes Teils des Völkerrechts, der die Austragung bewaffneter Konflikte regelt und ihre Auswirkungen zu begrenzen sucht. Es wurde von sämtlichen Staaten der Welt unterzeichnet und ratifiziert.) Artikel 35 dieses Zusatzprotokolls verbietet in seinem Absatz 3 «Methoden oder Mittel der Kriegsführung zu

für Wiederaufbaumassnahmen. Geschweige denn für friedensfördernde Initiativen. Im Indochina-Krieg beispielsweise haben die USA allein für die neunjährige Bombardierung von Laos 44 Milliarden Dollar ausgegeben, respektive 13,3 Millionen Dollar pro Tag. Seit Beendigung des Krieges, so errechnete die US-amerikanische Friedensorganisation Legacies of War 2013, hätten sich dieselben USA in Laos gerade mal mit jährlichen (!) 2 – 2,5 Millionen Dollar an den Räu-

mungskosten ihrer nicht explodierten Sprengmittel beteiligt.

28 Artikel für die Umwelt

Staaten sollen sich künftig nicht mehr derart aus der Verantwortung flüchten können, wenn es nach der UNO-Völkerrechtskommission geht. In jahrelanger Diskussion erarbeiteten ihre Expertinnen und Experten 28 Prinzipien, die der UNO-Vollversammlung nun unter dem Titel «Schutz der Umwelt im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten» (PERAC) vorliegen. Darin werden nicht nur bestehende Abkommen wie die weiter oben erwähnten bekräftigt, sondern konkret ausgeweitet, wie Florian Rötzer in Telepolis festhält: So sollen beispielsweise «besonders von Indigenen bewohnte Gebiete verschont werden, auch bei Friedensmissionen soll es einen angemessenen Naturschutz geben, Staaten sind auch für in den

Kriegsgebieten operierende Unternehmen und Organisationen verantwortlich. Das Abkommen gilt ebenfalls für Besatzungsmächte. Nach einem bewaffneten Konflikt müssen Staaten notwendige Informationen zur Behebung der Schäden weitergeben und mithelfen, Gifte und gefährliche Materialen zu entfernen oder unschädlich zu machen. Staaten und internationale Organisationen sollen kooperieren, damit Hinterlassenschaften des Krieges nicht die Meere gefährden.» Und zur staatlichen Verantwortung heisst es, dass ein «international geächteter Akt eines Staates in Zusammenhang mit einem bewaffneten Konflikt, der Umweltschäden verursacht», diesen verpflichtet, «einen solchen Schaden wieder vollständig gutzumachen». Gemeint sind damit vermutlich nicht zuletzt all jene Aggressionskriege, die ohne Mandat der UNO geführt werden.

Gemeinsam Druck machen!

Die Völkerrechtskommission will ihre Arbeiten am Vertragsentwurf zügig abschliessen, doch die Vernehmlassungsfrist für Regierungen, Internationale Organisationen und weitere Interessierte wurde einstweilen auf den 30. Juni 2021 verlängert.

Die Haftpflicht für Umweltschäden und die Verpflichtung zur Beseitigung von Restanzen, die beiden wohl wichtigsten «Argumente», auf den Einsatz der entsprechenden Waffen zu verzichten, lassen damit weiter auf sich warten. Wie beim Verbot der Atomwaffen braucht es den Druck der Völker selbst, damit sich tatsächlich etwas bewegt. Die Voraussetzungen dazu stehen günstig, wenn sich Friedens- und Umweltbewegte zu gemeinsamem Handeln entschliessen können. Das sollte eigentlich leicht fallen: Friede dem Klima bedingt ein Klima des Friedens.



Bodensee-Ostermarsch 2021, der nur in begrenztem Rahmen stattfinden konnte. Foto: Friedensregion Bodensee

Frieden und Umwelt

Klimakrise als Konflikttreiberin

Die Klimakrise wirkt sich zunehmend verheerend auf die Lebensgrundlagen der Menschen aus. Dadurch verstärkt sie bestehende Konflikte und löst neue aus. Redebeitrag von «Fridays for Future»-Aktivistinnen am Ostermarsch Heidelberg, Deutschland.

Von Chrissy und Rosa*

Die Klimakrise ist die grösste langfristige Bedrohung für die Menschheit. Dabei gibt es neben den direkten Folgen der Klimakrise für die menschliche Gesundheit, Ökosysteme, Wasserversorgung und die Lebensgrundlagen von zahlreichen Menschen auch indirekte Folgen, die auf unsere wirtschaftlichen, sozialen und politischen Systeme wirken. Damit ist die Klimakrise eine Bedrohung für die Sicherheit und Stabilität aller Staaten und Gesellschaften. Besonders gefährdet sind die Länder, die schon jetzt von Konflikten und Kriegen betroffen sind. Häufig sind diese Länder bereits jetzt von den Folgen der Klimakrise betroffen. Die Lösung der Klimakrise ist eine Friedensfrage!

Die Klimakrise verstärkt bestehende Konflikte und löst neue aus. Häufig treffen die Folgen der Klimakrise mit anderen globalen und lokalen Problemen zusammen. Hierzu gehören unter anderem, die Ausbeutungen durch andere Länder, ökonomische Schocks, Urbanisierung oder steigende Ungleichheiten. Dies führt zu einem steigenden, kombinierten Druck auf Gesellschaften und Staaten.

Immer mehr Staatssysteme werden nicht mehr in der Lage sein, diesem Druck standzuhalten. Perspektivlosigkeit, Instabilität, Proteste und Gewaltausbrüche bis hin zu Bürgerkriegen und zwischenstaatlichen Spannungen sind die Folge. Diese verstärken wiederum Flucht- und Migrationsbewegungen.

Konflikte und Spannungen

Die Klimakrise wirkt als Konflikttreiberin. Wir möchten ein paar Beispiele nennen, bei denen die Klimakrise in Kombination mit anderen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Stressfaktoren die Existenz von Tausenden von Menschen bedroht.

1. Extreme Wetterereignisse und Katastrophen: Aufgrund der Klimakrise treten immer mehr Naturkatastrophen und extreme Wetterereignisse wie Hitzeperioden, Dürren und Stürme auf. Ihre Auswirkungen zerstören Infrastrukturen und vertreiben Menschen. Ein Beispiel dafür ist der Bürgerkrieg in Syrien. Die ungewöhnliche Trockenheit der Jahre 2007 bis 2010 verstärkte die Landflucht vieler bäuerlicher Familien. Durch die Überbevölkerung und die Notlage der geflüchteten Menschen in den Städten verstärkten sich die soziale und politische Unzufriedenheit. Als indirekte Folge brach 2011 ein gewaltsamer Bürgerkrieg aus.

2. Grenzüberschreitende Wasserkonflikte: Viele der wichtigsten grenzüberschreitenden Flussgebiete befinden sich in Regionen, die unter Zerbrechlichkeit, Konflikten und zwischenstaatlichen Spannungen leiden, darunter z.B. der Nil. Dort wird – bedingt durch die Klimakrise – die Konkurrenz um grenzüberschreitende Wasserressourcen drastisch zunehmen. Besonders gefährlich wird es, wenn Staaten einseitig entscheiden, den Wasserfluss zu verändern, z.B. durch den Bau grosser Dämme, wie dies gerade in Äthiopien am Nil mit dem «Grand Renaissance Dam» geschieht. Diese Veränderungen würden zu gewaltsamen Konflikten führen, die durch das derzeitige internationale Wirtschaftssystem weiter befeuert werden.

Unsere Verantwortung

Wir, also Menschen im Globalen Norden, verbrauchen mehr als in unseren Ländern zur Verfügung steht. Dadurch bleiben Ausbeutungsverhältnisse bestehen und Menschenrechte vor Ort werden ignoriert. Diese Hintergründe werden bei der Debatte um Kriege selten beachtet.

Deshalb muss die internationale Staatengemeinschaft endlich handeln, denn der Fokus liegt bisher lediglich auf einer Begrenzung der Klimakrise durch die Festlegung von Emissionszielen für die einzelnen Länder. Dabei ist es die historische Verantwortung von Ländern wie Deutschland, Entschädigungen für die vergangene und bestehende Ausbeutung von Staaten, die schon heute am stärksten von der Klimakrise betroffen sind. aber am wenigsten zu ihr beigetragen haben, zu zahlen und zu leisten. Es ist diese Ausbeutung, die dazu führt, dass besonders betroffene Länder weniger Mittel haben, um sich gegen die Klimakrise zu schützen.

Friedensbildende Massnahmen müssen die langfristigen Folgen der Klimakrise stärker berücksichtigen. Für den Globalen Norden bedeutet dies, Verantwortung zu übernehmen, Menschen vor Ort mit einzubeziehen, kapitalistische Ausbeutung zu stoppen und gemeinsam nachhaltige und friedliche Lösungen zu finden. Andersherum bedeutet dies eben auch, Massnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise so umzusetzen, dass die bestehenden Konflikte nicht zusätzlich verschärft werden.

Während die Klimakrise Konflikte verstärkt, verstärken Kriege die Klimakrise. Ambitionierte Klimaziele und Aufrüstung passen schwer zusammen. Militär und Rüstung zählen weltweit zu den grössten Klima- und Umweltsündern. Alleine die Emissionen des US-Militärs sind grösser als die von Dänemark, Schweden oder Portugal. Im Pariser Klimaabkommen aber steht nichts von einer Reduzierung der Militärausgaben.

*Chrissy und Rosa sind aktiv bei der *Fridays for Future*-Gruppe in Hei-

Mai 2021 **Unsere Welt 3**

Nationalrat gegen...

Fortsetzung von Seite 1

Cuba» dem Bundeshaus übergeben. Das Postulat des Nationalrats übernahm daraus zwei von fünf Forderungen als Fragen, die vom Bundesrat «vordergründig zu klären» sind:

«1. Eine aktive Rolle der Schweiz innerhalb der UN-Gremien, um neben den [sic] mehrmals von der UN-Generalversammlung beschlossenen Rechtswidrigkeit der US-Sanktionen den Druck für eine Deblockierung auf die neue US-Regierung zu erhöhen.

2. Massnahmen überprüfen, damit Handel und Investitionen mit Kuba aus der Schweiz heraus ermöglicht werden. [...]»

Widerstand des Bundesrats

Beides wollte der Bundesrat ausdrücklich nicht. Statt Druck aufzubauen, setze man lieber auf «Dialog» mit den USA. Dies bedürfe «Diskretion und Vertrauen». Ein öffentlicher Bericht, wie vom Postulat verlangt, wirke dem entgegen. Auf was für einer Vertrauensbasis man sich einen solchen «Dialog» vorstellen muss, zeigte der Bundesrat allerdings selbst auf in seiner Erklärung, weshalb er kein spezifisches Instrument für einen Zahlungskanal nach Kuba schaffen wolle: «Sollte der Bund die Durchführung bestimmter Geschäfte

für bundesnahe Institutionen ermöglichen wollen, müsste er wegen möglicher Strafmassnahmen oder Sanktionen durch ausländische Behörden beträchtliche Risiken übernehmen», heisst es in seiner Stellungnahme. Dies sei deshalb, so Bundesrat Cassis, «nicht opportun». Opportunistisch ist denn auch die richtige Bezeichnung für die bundesrätliche Haltung, wir danken für die Klarstellung. Mit anderen Worten: Der Bundesrat hält zwar die US-Sanktionen für unrechtmässig, möchte aber Washington nicht verärgern, weil er seinerseits Angst vor Sanktionsmassnahmen hat.

Washingtons langer Arm

Darin zeigt sich exemplarisch, was sich hinter dem technischen Begriff «exterritoriale Wirkungen von Sanktionen» verbirgt: Obwohl die USA als einziges Land die völkerrechtswidrige Wirtschafts- und Finanzblockade gegen Kuba aufrechterhalten, gelingt es ihnen, den Rest der Welt in die Komplizenschaft zu zwingen - auch die Schweiz. Mit milliardenschweren «Bussen» wurden europäische und Schweizer Banken dazu gebracht. alle Geschäfte mit Kuba einzustellen. Das Resultat ist, dass Kuba praktisch vollständig vom Devisenmarkt abgeschnitten ist, d.h. kaum Zugang zu konvertierbaren Währungen hat.

Unblock Cuba Wirtschaftskrieg gegen Kuba beenden!

Hier von einem «Embargo» der USA zu sprechen, ist eigentlich schon eine grobe Verharmlosung. Es ist ein seit 60 Jahren mit allen Mitteln geführter Wirtschaftskrieg mit dem erklärten Ziel, durch Erdrosselung der kubanischen Wirtschaft einen Systemwechsel zu erzwingen. Ein Krieg, für den die internationalen Finanzmärkte, einschliesslich Schweizer Banken in Geiselhaft genommen werden. Dass diese Praxis von der UNO-Vollversammlung in regelmässigen Abständen als illegal verurteilt wird, ist da ein schwacher Trost für die kubanische Bevölkerung.

Fehlende Öffentlichkeit

Dies ins öffentliche Bewusstsein zu tragen, ist eines der Ziele der internationalen «Unblock Cuba»-Kampagne. Auf dem Papier steht die Schweiz schon lange auf der Seite Kubas, was die Aufhebung der Blockade betrifft. In der Praxis macht sie sich wie vie-

rechtlich zu intervenieren. Weiter gibt

es keine rechtlichen Vorgaben, die

Banken zur Durchführung von Auf-

Um die gängige Praxis im schweizer

Bankengeschäft auszuleuchten, lan-

cierten wir einen Aufruf, mittels klei-

ner, symbolischer Spenden an unsere

Organisationen zu prüfen, wie sich

die eigene Bank verhält. Resultat der

Auswertung: Während die Grossban-

ken UBS und CS den Boykott schon

seit Jahren gnadenlos durchziehen,

sind es nun ausgerechnet die offiziell

unter staatlicher Oberaufsicht stehen-

de Basler Kantonalbank (BKB) und

ihre von der Coop adoptierte Tochter

Bank CLER (früher die Genossen-

schaftliche Zentralbank der Gewerk-

schaften und der Arbeiterschaft), die

sich besonders hart und stur zu profi-

lieren suchen und sogar Transaktionen

innerhalb der Schweiz (!) verweigern,

sobald «Kuba» im Namen der Adres-

Die Bank CLER ging soweit, der

saten oder im Vermerk auftaucht.

trägen verpflichten.»

le Länder zur Erfüllungsgehilfin der USA. Der Nationalrat sendete nun ein deutliches und erfreuliches Signal, dass er dies so nicht hinnehmen will. Ganz im Sinne der bundesrätlichen «Diskretion» blieb ein Medienecho allerdings fast vollständig aus. Nur ganz vereinzelt wurde die Abstimmung im Nationalrat überhaupt erwähnt.

Der Bundesrat muss sich nun wohl oder übel mit dem Thema befassen und aus seiner «Diskretion» heraustreten. Das ist unangenehm, weil Opportunismus nie besonders schmeichelhaft ist. Dass dies zu einem selbstbewussteren Auftreten gegenüber den USA

führt, ist freilich zweifelhaft. Aber vielleicht findet der Bundesrat ja gerade genug Selbstbewusstsein, um anstatt auf einen angeblich erfolgsversprechenden «Dialog» zu vertrösten, für einmal auszusprechen, wo offenbar das Problem liegt: Dass er sich aus Angst vor US-Repressalien gezwungen sieht, die völkerrechtswidrigen Sanktionen der USA hinzunehmen, selbst wenn sie sich gegen Schweizer Unternehmen richten, und dass vor einem solchen Machtungleichgewicht ein echter Dialog kaum stattfinden kann. Dann müssten die Medien nur noch darüber berichten.

Informiere Dich!

www.unblock-cuba.org

Werde aktiv!

Sanktionen gegen Venezuela

Verheerende Folgen

Ein Bericht der UN-Sonderberichterstatterin Alena Douhan zeigt, welche Auswirkungen die Sanktionen der USA und der EU gegenüber Venezuela für die Bevölkerung haben: Armut, Zusammenbruch der Strom- und Wasserversorgung, Lebensmittelunsicherheit. Aufgrund dessen fordert sie die Zurücknahme

der Sanktionen.

Von Claudia Fanti

Während die US-Regierung immer bestritten hat, dass ihre Sanktionen gegen Venezuela die Bevölkerung treffen könnten, und behauptete, sie würden nur hochrangige RegierungsfunktionärInnen und mit ihnen verbundene Unternehmen bestrafen, könnte es keine deutlichere Widerlegung davon geben als ein aktueller Bericht von der UNO.

Die vorläufigen Ergebnisse einer Untersuchung von Alena Douhan, UN-Sonderberichterstatterin für einseitige Zwangsmassnahmen und Menschenrechte, die im Februar Venezuela besuchte, zeigen eindeutig, wie «verheerend» die Folgen der Sanktionen «für die gesamte Bevölkerung Venezuelas sind, insbesondere, aber nicht nur, für die in extremer Armut lebenden Menschen, für Frauen, Kinder, medizinisches Personal, Menschen mit Behinderungen oder lebensbedrohlichen oder chronischen Krankheiten sowie für die indigene Bevölkerung».

Sanktionen verschlimmern die Lage

Der vorläufige Bericht, der das Ergebnis von Gesprächen mit der Regierung, mit der Opposition, der katholischen Kirche und Nichtregierungsorganisationen ist, spart zwar nicht mit Kritik an der chavistischen Regierung unter Maduro und räumt beispielsweise ein, dass die Wirtschaftskrise bereits 2014 mit dem Verfall des Ölpreises begonnen hatte, und zwar im Kontext einer Wirtschaft, die weitgehend vom Erdölexport abhängig ist. Es war eine Krise, die dadurch begünstigt wurde, dass die inländische Produktion nicht ausreichte, um den Konsumbedarf der Bevölkerung zu decken, was dazu führte, dass die meisten Produkte importiert werden mussten: von Maschinen und Ersatzteilen bis hin zu Lebensmitteln und Medikamenten.

Ohne jeden Zweifel aber haben die US-Sanktionen - erstmals 2005 eingeführt, dann 2015 durch die Obama-Regierung stark verschärft, bis hin zum vollständigen Wirtschaftsembargo im August 2019 – die Probleme verschlimmert und die Regierung daran gehindert, Massnahmen zur Lösung der Krise zu ergreifen. Nach den vorläufigen Schlussfolgerungen des Berichts, der im kommenden September dem UN-Menschenrechtsrat vorgelegt wird, erklären die Sanktionen den 99-prozentigen Rückgang der Staatseinnahmen, den Rückgang der Löhne von 150 bis 500 Dollar im Jahr 2015 auf 1 bis 10 Dollar im Jahr 2020, den Zusammenbruch der öffentlichen Dienstleistungen, einschliesslich der Versorgung mit Wasser und Strom, den Mangel an Medikamenten und die Zunahme der Ernährungsunsicherheit.

Vor diesem dramatischen Hintergrund hätte der Aufruf von Alena Douhan an die USA, die EU und andere Länder, ihre einseitigen Zwangsmassnahmen gegen Venezuela zurückzunehmen, nicht überzeugender sein können, ebenso wie die Aufforderung an Grossbritannien, Portugal und die USA, die Gelder der venezolanischen Zentralbank - die sich auf 6 Milliarden Dollar belaufen und unter der Kontrolle des selbsternannten «Präsidenten» Juan Guaidó stehen - freizugeben, um den Kauf von Medikamenten, Impfstoffen, Lebensmitteln, Ersatzteilen und anderen Gütern zu ermöglichen, die benötigt werden, um die humanitären Bedürfnisse des venezolanischen Volkes und die Wiederherstellung der öffentlichen Dienste zu gewährleisten.

«Notstand» bleibt bestehen

Einige Dinge scheinen sich langsam in diese Richtung zu bewegen. Ein erstes Anzeichen für eine mögliche Aufweichung der Sanktionen durch die USA kam am 2. Februar mit der Entscheidung des US-Finanzministeriums, gewisse Transaktionen und Aktivitäten für den Betrieb von Häfen und Flughäfen in Venezuela zu genehmigen, die durch eine 2019 von der Trump-Administration erlassene Durchführungsverordnung verboten worden waren. Allerdings bleibt das Verbot von Transaktionen oder Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Export von Verbindungen «zur direkten oder indirekten Herstellung von Benzin» in Kraft. Ebenso wenig wurde der «nationale Notstand» der USA gegenüber Venezuela von US-Präsident Biden aufgehoben, der durch eine «ausserordentliche Bedrohung für die nationale Sicherheit und die Aussenpolitik der Vereinigten Staaten durch die Situation in Venezuela» gegeben sei.

Schweizer Banken im Kriechgang vor den USA

Vorauseilender Gehorsam

Schweizer Banken blockieren Zahlungen, sobald der Begriff «Kuba» auftaucht. Davon sind selbst Spenden an die internationale Kampagne für die Deblockierung Kubas und Inlandüberweisungen betroffen.

Von Samuel Wanitsch

Bereits 2004 wurde die UBS in den USA wegen ihrer Kuba-Geschäftsbeziehungen zu einer Busse von 100 Millionen Dollar «verurteilt», worauf sie diese abbrach. 2009 traf es die Credit Suisse mit über 500 Millionen noch viel härter. Nach und nach zogen sich darauf die Schweizer Banken aus Angst vor US-Repressalien aus dem Zahlungsverkehr mit Kuba zurück. Als letzte begab sich im September 2019 auch die Postfinance in den Kriechgang vor den USA. Wer einen Zahlungsauftrag ins Ausland erteilt, bei dem an irgendeiner Stelle der Bezungsbeitrag an «Unblock-Cuba» noch die Vereinigung Schweiz-Cuba Kampagnenmaterial nach Deutschland bezahlen.

Zusammen mit medicuba-suisse hat die Vereinigung Schweiz-Cuba unterdessen verschiedene Vorstösse unternommen. Neben den Anstrengungen auf politischer Ebene (Siehe: «Nationalrat gegen US-Blockade») hat eine interne Arbeitsgruppe aus unseren beiden Organisationen diverse juristische Abklärungen gemacht. Sie hat Gutachten sogar aus den USA eingeholt, bei Direktionen der Banken vorgesprochen und ihre Erkenntnisse in Aufsichtsbeschwerden



«Unblock Cuba» vor dem Bundeshaus am 9. März, dem Tag der Abstimmung im Nationalrat. Foto: ASC/VSC

griff «Kuba» vorkommt, erhält von Postfinance folgende Nachricht:

«PostFinance führt keine Transaktionen im Zusammenhang mit Kuba durch (auch wenn die Zahlung nicht nach Kuba geht), da unter anderem das Risiko einer Blockierung der Gelder im Ausland besteht. Aufgrund rechtlicher Bestimmungen ist leider die Ausführung [...] nicht möglich» und als Gipfel der Arroganz: «Wir bitten Sie, diese Zahlung nicht nochmals neu aufzugeben (weder identisch noch abgeändert)».

So erging es – neben vielen Privatpersonen – auch Organisationen: Weder konnten die Schweizerische Friedensbewegung ihren Unterstüteinfliessen lassen – gerichtet an den Bankrat, an die Basler Regierung, an den Bundesrat und schliesslich sogar an die FINMA.

Die Antworten bewegten sich zwischen eiskalter Arroganz bis hin zu einem gewissen Verständnis für unser Anliegen, aber ohne jeglichen Ansatz, am Missstand etwas ändern zu können oder zu wollen. Dazu aus der Antwort der FINMA: «Bei der Umsetzung der Sanktionen nehmen Banken eine Risikoabwägung vor und entscheiden sich, unter Berücksichtigung von Aufwand und Ertrag, nicht selten für eine Einschränkung ihres Angebots. Hier ist es der FINMA allerdings nicht möglich, aufsichts-

Zürcher Sektion der Vereinigung Schweiz-Cuba das Konto zu kündigen. Gestraft sind mit alldem nicht nur

die kubanische Bevölkerung und die langjährige Kundschaft, sondern auch das Bankpersonal, das von oben schlecht informiert – die bösartige Kunde erklären und die Massnahmen umsetzen muss. Und so erhalten wir mehr und mehr Unmutsäusserungen von solidarischen Mitmenschen. Unterdessen wissen wir auch von ersten Konto-Kündigungen.

Unsere interne Arbeitsgruppe arbeitet – juristisch begleitet – weiter. Nur soviel, wir bleiben dran: Sowohl auf kantonaler wie nationaler Ebene werden weitere Motionen gestartet werden.

Mahnwachen gegen die Blockade

finden in der Schweiz jeden 17. des Monats statt. Die nächste ist am:

17. Mai in Basel, ab 15:30 auf dem Barfüsserplatz

Weitere Informationen auf: cuba-si.ch und unblock-cuba.org

Quelle: Il Manifesto, Übersetzung: UW.

Unsere Welt 4 Mai 2021

Diskriminierender Wehrpflichtersatz

Ryser vs. Schweiz

Aus medizinischen Gründen war Jonas Ryser untauglich für den Militärdienst. Da seine Beeinträchtigung als gering eingestuft wurde, musste er Werpflichtersatz bezahlen. Dagegen legte er Beschwerde ein und bekam nach 13 Jahren Recht vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Von Rahel Schaad

Was war die Ausgangslage deiner Beschwerde, die du 2008 eingelegt hast?

Jonas Ryser: Aufgrund eines medizinischen Gutachtens wurde ich damals als militärdienstuntauglich, aber zivilschutzpflichtig eingestuft. Meine gesundheitliche Beeinträchtigung verbot es mir, den Militär- oder Zivildienst zu absolvieren, befreite mich aber nicht vom Zivilschutzdienst. Da es aber zu viele Anwärter für die Zivilschutzeinsätze gab, wurde ich in die Reserveliste eingeteilt und musste volle Wehrpflichtersatzzahlungen leisten. Aufgrund meiner geringfügigen Einschränkung wurde ich damit diskriminiert gegenüber denen, welche unter schwereren gesundheitlichen Beeinträchtigungen litten und von den Ersatzzahlungen befreit waren.

Wie bist du auf die Idee gekommen, gegen deine Wehrpflichtersatzzahlungen Beschwerde einzulegen?

Ich studierte damals im Nebenfach Recht und habe in einem Seminar eine Hausarbeit über den Fall Glor geschrieben. Glor war ein Diabetiker, wurde deshalb als untauglich eingestuft und musste dafür Wehrpflichtersatzabgaben zahlen. Er hatte 1999 Beschwerde wegen Diskriminierung eingelegt, wofür er vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strassburg letztlich Recht bekam.

Da ich mich in einer vergleichbaren Situation befand, habe ich mich dazu entschieden, ebenfalls Beschwerde einzulegen – quasi als Praxisversuch.

Es hat sich gelohnt – nach dreizehn Jahren hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte deine Beschwerde gutgeheissen. Was bedeutet das nun für dich?

Ja, einerseits ist das natürlich schön, dass ich nicht alles für nichts gemacht habe. Und ich habe nun Anrecht darauf, meine Ersatzzahlungen und die Gerichtskosten zurückgezahlt zu kriegen. Andererseits bedeutet das aber auch wieder erneuten Aufwand: Nun muss ich vermutlich beim Bundesgericht eine Revision des Urteils verlangen. Und dann ist zu hoffen, dass sich die Wehrpflichtersatzverwaltung an das Strassburg-Urteil hält. Ansonsten müsste ich deswegen eine neue Beschwerde einlegen, was ärgerlich wäre. Aber das wird sich nun alles zeigen. Auf jeden Fall werde ich jetzt nicht aufgeben. Die Chance, in Strassburg zu gewinnen, ist enorm gering. Wenn ich muss, werde ich schon noch einmal in die Sache investieren.

Und was bedeutet der Entscheid für die Schweiz – wird sie ihre Praxis nun ändern müssen?

Leider kaum. Seit 2008 wurde das Recht zum Wehrpflichtersatz mehrmals geändert und die Verantwortlichen werden sich wohl auf den Standpunkt stellen, dass aktuelle Fälle weder mit meinem noch mit dem von Glor vergleichbar seien – was sie bei mir schon behaupteten, als ich sie auf den Fall Glor hinwies. Es existiert nun so eine Pseudolösung: Wer untauglich ist, aber unbedingt ins Militär will, für den sucht man eine Funktion in der Armee, die er erfüllen kann.

Du scheinst nicht viel von dieser Lösung zu halten?

Nein, das ist meiner Meinung nach eine politisch gewollte, in der Praxis untaugliche Lösung, die niemandem etwas bringt - am allerwenigsten der Armee, die nun für Untaugliche eine sinnvolle Funktion suchen soll. Die sehr viel bessere Lösung wäre, wenn man Militärdienstuntaugliche zum Zivildienst zulassen würde. Im Zivildienst wäre es sehr viel einfacher, für einen Militärdienstuntauglichen eine sinnvolle Position zu finden, als in der Armee. Aber das wollte man politisch einfach nicht. Die Tendenz ist die umgekehrte: Man versucht, den Zivildienst immer unattraktiver zu machen.

Also hat der Entscheid des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte doch nicht sehr viel bewirkt?

Was ich beim Schreiben der Seminararbeit damals besonders unbefriedigend fand, ist, dass Strassburg im Fall Glor ein Urteil fällte und die Schweiz sich nicht ernsthaft um eine Lösung des Problems bemüht hat. Jedes neue Urteil wird die zuständigen Personen im Bundesamt für Justiz und die Politik ein wenig mehr dazu zwingen, eine sinnvolle Lösung zu suchen. Ich hoffe, dass sich das Recht so in eine positive Richtung entwickeln wird – wenn auch ganz langsam.

Quelle: Journal B, Kürzung: UW.



Zielübungen vor dem Grossmanöver: Ein US-Apache-Kampfhelikopter feuert seine Bordkanone bei Luftgefechtsübungen im deutschen Grafenwöhr am 14. April 2021. Foto: U.S. Army/R. Fellingham

Defender Europe 2021

NATO übt den Krieg

Seit März übt die US-Armee mit der Grossübung «Defender Europe 2021» den Krieg. Etwa 31 000 Personen sollen sich daran trotz Pandemie beteiligen. Es geht strategisch um den Westbalkan- und den Schwarzmeerraum. Auch Drittstaaten wie Georgien, die Ukraine und Moldawien sind vertreten.

Von Paul Linke

«Defender-Europe» ist eine jährliche, von der US-Armee geführte multinationale gemeinsame Übung, die darauf abzielt, die «Bereitschaft und Interoperabilität» zwischen den Streitkräften der USA, NATO und anderer Partner-Staaten zu stärken. Das Manöver zeige zudem das «eiserne Engagement der USA für die NATO», heisst es auf der Internetseite der US Army Europe (USAREUR). Die USAREUR ist ein Grossverband der US-Armee, der federführend die Grossübung organisiert und dessen militärischer Verantwortungsbereich Europa und die Nachfolgestaaten der UdSSR einschliesst.

Die «Defender-Europe»-Grossübungen besitzen laut dem deutschen Bundesverteidigungsministerium (BMV) einen jährlich wechselnden geographischen Schwerpunkt. In den geraden Jahren liege der Schwerpunkt der Übung im nördlichen, in den ungeraden Jahren im südlichen Bündnisgebiet der NATO.

Wer macht mit?

«Defender Europe 2021 demonstriert unsere Fähigkeit, als strategischer Sicherheitspartner auf dem westlichen Balkan und im Schwarzen Meer zu fungieren und gleichzeitig unsere Fähigkeiten in Nordeuropa, im Kaukasus, in der Ukraine und in Afrika zu erhalten», heisst es auf der Seite der USAREUR. Dies ist der Grund, weshalb die Beteiligung von Ukraine und Georgien dieses Jahr eine ganz besondere Bedeutung haben könnte. Neben den beiden Ländern und 21 NATO-Staaten sind auch Bosnien-Herzegowina, das Kosovo sowie Moldawien mit von der Partie. Insgesamt nehmen also 26 Staaten an den Übungen teil.

Zunächst sprach die USAREUR von 27 Teilnehmerstaaten, Armenien sollte auch dabei sein. Diese Berichte wurden jedoch von Jerewan dementiert. Die armenischen Streitkräfte würden nur an den von der NATO oder von NATO-Mitgliedern organisierten Übungen teilnehmen, «die der Wahrung des internationalen Friedens und der internationalen Stabilität dienen», so das armenische Verteidigungsministerium.

Im März hat der USAREUR zufolge bereits die Verlegung von Streitkräften begonnen. Der Hauptteil der Übung soll nach jetzigem Planungsstand im Zeitraum vom 1. Mai bis 14. Juni 2021 stattfinden. An dem Grossmanöver sollen circa 31 000 Übungsteilnehmer (17 000 aus den USA und 14 000 Alliierte in 14 Nationen) beteiligt werden.

«Defensiver Charakter»?

«Die Übung hat defensiven Charakter und ist gegen niemanden gerichtet», betont der BMV-Sprecher. Das sieht der Linke-Abgeordnete Andrej Hunko anders. Bei der NATO würden die Zeichen weiter auf Konfrontation stehen, bemängelt er. «Beim US-Militärmanöver (Defender 21) üben 28 000 Soldaten aus 26 Ländern zeitgleich in mehr als 30 Trainingsgebieten den Krieg gegen Russland. Diese Militärübungen sind völlig fehl am Platz, mitten in der Pandemie sind sie besonders bizarr. Die Bundesregierung muss die Beteiligung Deutschlands unverzüglich einstellen. Stattdessen sollte sie sich konsequent für Gesprächsformate wie den NATO-Russland-Rat einsetzen», schlägt Hunko vor.

Auch die russische Seite sieht darin eine militärische Provokation. «Die Vereinigten Staaten transferieren weiterhin Streitkräfte und Ausrüstung für die Defender-Europe-Übungen nach Europa. Sie richten sich gegen die Russische Föderation. Die Infrastruktur wird aufgebaut. Das erklären wir hiermit», sagte der Leiter der russischen Delegation bei den Gesprächen in Wien über militärische Sicherheit und Rüstungskontrolle, Konstantin Gavrilov, dem TV-Sender «Rossiya 24».

Nicht zuletzt bezeichnete NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg in seiner Rede zum 70. Bestehen der NATO im April 2019 Russland als Feind und als die wichtigste Herausforderung für die Sicherheit des Bündnisses. «Es gibt Feinde der Freiheit, die abgeschreckt werden müssen», sagte er. Es sei Russland, das neue Mittelstreckenraketen in Europa stationiere und die ukrainische Halbinsel Krim annektiert habe. Russland versuche, seine Interessen immer stärker durchzusetzen, so Stoltenberg in seiner Rede.

Defender-Pandemie?

Zur Defender-Übung würden auch strenge «Covid-Präventions- und Minderungsmassnahmen» wie Tests und Quarantäne vor dem Einsatz gehören, heisst es auf der Webseite des US-Grossverbandes. Auch beim Thema Impfen sollen die US-Streitkräfte sehr weit fortgeschritten sein. Während Impfungen in der EU selbst für Risikogruppen nur bedingt verfügbar sind, sollen US-Einheiten, die an dem Manöver beteiligt sind, bereits zum zweiten Mal vakziniert worden sein. Das zeigt ein Video auf der USAREUR-Internetseite. So dürfte der freien Fahrt für die Militärangehörigen, anderes als im letzten Jahr, die Corona-Pandemie nicht im Weg stehen.

Quelle: Sputnik News, Kürzung: UW.

Märchenstunde in Leutschenbach (Teil 2)

SRF: Wer rasselt mit dem Säbel?

Zar Vladimirs Säbelrasseln zu jeder vollen Stunde in Bild und Ton, ein NATO-Grossmanöver in Osteuropa geht dabei stets gerne vergessen!

Von Alva Noi

Besuch bei Freunden mit Wein, feinem Essen und Diskussion. Plötzlich die Ukraine als Thema, Putin als Diktator und Lawrow als A...loch. Unglaublich, wie eine harmlose Diskussion plötzlich aus dem Ruder laufen und ein gemütlicher Abend zur Kampfzeit verkommen kann. Je heftiger die Emotionen, desto einfacher die Argumente. Stabilität in einem Lande wird plötzlich als Vorbereitung zum Faschismus gelesen und ein angeblicher Truppenzusammenzug in Russland im Gebiet zur östlichen Ukraine zur Kriegsvorbereitung interpretiert. Was war geschehen? Ich war so irritiert wie neugierig. Also machte ich mich auf die Suche.

«Tagesschau» und «Echo der Zeit»

Nun weiss ich, dass mein Freund sich bei SRF informiert, unterstützt durch NZZ, Tagi und BaZ. Na so denn: Wie wurde das Russlandbild durch die Korrespondenten Nauer und Tschirky in letzter Zeit vermittelt? Ich guckte nach. «Putin bereitet einen Krieg vor gegen die Ukraine» und «Putin will einfach nur einschüchtern» als zwei Thesen im «Echo der Zeit» vom 5. April 2021 - Autor: David Nauer. «10 vor 10» doppelt gut eine Woche später nach: «Russisches Säbelrasseln alarmiert die Ukraine und andere europäische Hauptstädte...» So der Kommentar. Dann weiter: «Jetzt fliegt Selenski mit einem Reporter von CNN an die Front, wo auch heute wieder Soldaten gestorben sind.» Selenski dann im Gespräch mit dem Journalisten von CNN: «Der Krieg dauert schon viel zu lange.» Dann weitere Bilder von der Front, «CNN exclusive» als Signet im Schützengraben neben Selensky. Im zweiten Teil des Beitrages sehen wir dann die andere Seite der Frontlinie. SRF-Korrespondentin Luzia Tschirky zeigt Bilder von Zügen mit Panzern, die in Richtung Grenze gefahren werden – und so weiter.

Hm – da rasselt einer ja wirklich mit dem Säbel, aber kräftig!



Blick auf den Hauptsitz von SRF in Zürich, Leutschenbach. Foto: Wikimedia

Der «missing link»

Berichte, wie oben beschrieben, lösen in mir mittlerweile immer den einen, gleichen Reflex aus: Was fehlt denn da? Sie provozieren die Suche nach dem «missing link». Fündig wurde ich zuerst in einem Artikel von Andrej Hunko, Abgeordneter im Deutschen Bundestag für «Die Linke», mit dem Titel «Defender Europe 21: Lockdown für Kriegsübungen gegen Russland!»

Da hätten wir es also. Vor einem Jahr zwang ein Virus Armeen in die Kasernen, «Defender 20» wurde im vorgesehenen Umfang abgesagt – und wird jetzt also nachgeholt. Die Onlinezeitung «armytimes» liefert dann die genauen Zahlen: 28 000 Soldaten aus 26 Ländern, Schauplätze an Russland angrenzende Länder. Die Ukraine bei den Manövern dabei. Und Aussenminister Lawrow erklärt an einer Pressekonferenz (in «RT Deutsch» zu sehen), was den Russen an der NATO-Übung nicht passt. So einfach ist die Sache, so eindrücklich sind die Fakten. Und was macht SRF?

Die Leutschenbach-Crew berichtet aus den ukrainischen Schützengräben mit Bildern von CNN. Wolodymyr Selenskyi verteilt an der Front Orden im Dreck, während Luzia Tschirky ein paar hundert Kilometer auf der anderen Seite einen Bahndamm filmt. Züge mit Militärgerät und Soldaten sind zu sehen, die ihre Zelte aufschlagen. Kommentar: Russland unternehme keine Anstrengung, um die Sorgen der Menschen vor einer Eskalation zu entkräften.

Eigentlich wäre es Aufgabe der Tagesschau, auch die Haltung der russischen Regierung darzustellen. Was sagt Lawrow zum Truppenaufmarsch? Wie begründet er das Verhalten der russischen Militärs? Dazu müsste sie auch über die Manöver berichten und die Beteiligung der Ukraine. Und: Vielleicht gäbe es da ja auch etwas zu verstehen, ein bisschen.

Was nun?

Es scheint, als sei bei den Redaktionen von Fernsehen und Radio SRF das Bedürfnis grösser, einem Narrativ zu folgen, als die Berichterstattung auf Glaubwürdigkeit zu prüfen. Dem Narrativ «Dort die bösen Russen – hier die guten Westler». Für wie dumm verkauft uns eigentlich SRF?

Unsere Welt 5 Mai 2021

Krise in der Ostukraine

Angriff auf Donbass

Mit Rückendeckung der USA droht die Ukraine den seit sieben Jahren bestehenden Volksrepubliken Donezk und Lugansk mit Krieg. Russland will seine dortigen Staatsbürger verteidigen.

Von Harald Projanski

Die Stellungnahme aus Moskau konnte eindeutiger nicht sein. Der stellvertretende Leiter der russischen Präsidentenadministration Dmitri Kosak trat am 8. April vor die Presse. «Der Anfang von Kriegshandlungen» der Regierung in Kiew, sagte Kosak, werde «der Anfang vom Ende der Ukraine» sein. Was Russland angehe, so hänge «alles davon ab, welchen Umfang der Brand hat». Drohe ein Massaker wie einst im jugoslawischen Srebrenica, so Kosak, «dann werden wir offensichtlich gezwungen sein zum Schutz». Gemeint ist der Schutz von Russen im Donbass. Kosak ist im Auftrag des Präsidenten Wladimir

nisterin vertritt einen De-facto-Staat mit allen Attributen der Staatlichkeit, mit Ministerien, Polizei und Armee.

In ihrer Erklärung gegenüber dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erinnerte Nikonorowa daran, «dass die Weltgeschichte viele Beispiele für die Regelung von Konflikten kennt, und sie alle sprechen von der Notwendigkeit eines direkten Dialoges zwischen den Konfliktseiten». Diesen Dialog verweigere die Ukraine, so Nikonorowa. Ihre Schlussfolgerung: «Zwischen dem Donbass und der Ukraine liegt bereits ein gewaltiger Graben, und der neue ukrainische Führer Selenskij, der sich in seiner Wahlkampagne als (Präsident des Friedens) positioniert hat, strebt tatsächlich zu



Schwere Artillerie der ukrainischen Armee in der Ostukraine, aufgenommen von der OSZE-Beobachtermission am 4.3.2015. Foto: OSZE

Putin für die Verhandlungen in der Ukraine-Krise zuständig, doch die Diplomatie sieht er in einer Sackgasse. Die ukrainische Führung verhalte sich wie «Kinder, die mit Streichhölzern spielen».

Ein gewaltiger Graben

Der Donbass steht an der Schwelle eines umfassenden Krieges mit der Ukraine. Dabei hat die «Donezker Volksrepublik», auf deren Gebiet jetzt fast täglich ukrainische Granaten explodieren, mit der 36-jährigen Natalja Nikonorowa eine hochtalentierte Diplomatin. Sie ist Europas jüngste Aussenministerin und zugleich die am wenigsten bekannte.

In einem Vortrag für den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen analysierte Nikonorowa bei einer Anhörung im Dezember 2020 die Politik des ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenskij und wies darauf hin,



Aussenministerin der Volksrepublik Donezk, Natalja Nikonorowa. Foto: Wikimedia

dass die Ukraine seit Februar 2015 die Umsetzung des von ihr unterzeichneten «Minsker Abkommens» sabotiere. Das gilt ihres Erachtens vor allem für den dort vereinbarten «besonderen Status» des nicht von der Kiewer Regierung kontrollierten Teils des Donbass. Die Donezker Aussenmi-

keinerlei Frieden.» Dennoch, so die Donezker Aussenministerin, «bleiben wir im Minsker Prozess und erfüllen unsere Verpflichtungen».

Das Minsker Abkommen

In Minsk hatten am 12. Februar 2015 die ukrainische Regierung und die völkerrechtlich nicht anerkannten «Volksrepubliken» Lugansk und Donezk eine Vereinbarung über einen Waffenstillstand und einen politischen Prozess zur Konfliktlösung unterzeichnet. Das Minsker Abkommen sieht den Abzug schwerer Waffen von der Grenze vor, eine Kontrolle des Abzuges durch eine OSZE-Beobachtermission und die Freilassung von Gefangenen der Konfliktseiten. Vereinbart wurde auch eine Amnestie für Kämpfer beider Seiten auf der Basis eines ukrainischen Gesetzes. Hinzu kamen «zum Ende des Jahres 2015 eine neue Verfassung» der Ukraine und die «Annahme einer ständigen Gesetzgebung über einen besonderen Status einzelner Gebiete der Donezker und Lugansker Bezirke», eine diplomatische Umschreibung für die beiden «Donbass-Volksrepubliken».

Mehr als sechs Jahre danach hat die Ukraine weder ein Amnestiegesetz beschlossen noch auch nur Verhandlungen über eine Verfassungsreform und einen «besonderen Status» mit den Vertretern aus Lugansk und Donezk geführt. Es wurde lediglich ein Teil der schweren Waffen von der Frontlinie abgezogen, auch wurden mehrfach Gefangene ausgetauscht. Zwar tagt regelmässig eine Kontaktgruppe, in der sowohl Lugansk und Donezk als auch Kiew vertreten sind. Doch Fortschritte bei den entscheidenden Punkten des Abkommens gibt es nicht.

Versprechen gebrochen

Es gab im Donbass seit dem Niedergang der Sowjetunion eine breite Bewegung gegen den ukrainischen Zentralismus und Nationalismus. Im November 1990, als sich der drohende Zerfall der Sowjetunion abzeichnete, formierte sich eine «Internationale Bewegung des Donbass». Sie wurde zur Sammelbewegung der russischsprachigen Bewohner mit unterschiedlicher ethnischer Herkunft und trat für eine Autonomie der Region innerhalb der Ukraine ein.

Aus diesen regionalen Autonomiebestrebungen entstand 1997 die «Partei der Regionen», geführt von Wiktor Janukowitsch. Im Jahre 2010 gewann Janukowitsch - vor allem mit Unterstützung der Bevölkerung im Südosten der Ukraine – die Wahl zum Präsidentenamt. Einmal an der Macht, verriet er schon bald seine Anhänger, denen er eine Föderalisierung der Ukraine und Russisch als zweite Amtssprache versprochen hatte. In Wirklichkeit kümmerte er sich vor allem darum, wirtschaftliche Ressourcen auszuplündern. Mit seiner Flucht vor den Putschisten des Maidans Ende Februar 2014 hinterliess er ein politisches Vakuum.

Auch sein Regime hatte im Donbass jegliche prorussische Regung unterdrückt. So gab es dort im Frühjahr 2014 zunächst nur relativ kleine Gruppen von Aktivisten, die jedoch rasch breite Resonanz fanden. Zu ihnen gehörte die 2005 gegründete Organisation «Donezker Republik». Diese Gruppierung, die jahrelang unter dem Druck der ukrainischen Sicherheitsbehörden halblegal gearbeitet hatte, zählte in ihrem aktiven Kern nur wenige Dutzend Mitglieder. Ihr führender Kopf war der Kleinunternehmer Andrej Purgin, der politisch einen basisdemokratischen, antioligarchischen Regionalismus repräsentiert. Historischer Bezugspunkt der neuen Bewegung war die 1918 im Zuge der Oktoberrevolution entstandene Donezker Kriworoger Republik.

Hass und Verachtung

Nicht zufällig sammelte sich die Protestbewegung am Lenin-Denkmal im Zentrum von Donezk, dessen Zerstörung Nationalisten angedroht hatten. Nach einer Kundgebung von Tausenden von Gegnern der neuen Kiewer Macht am 6. April 2014 gelang es, die Gebietsverwaltung zu stürmen. Am Tag darauf proklamierten Aktivisten, vor allem junge und enthusiastische Männer und Frauen von Anfang zwanzig bis Mitte dreissig, dort die «Donezker Volksrepublik». Die «Partei der Regionen» hingegen war schnell verschwunden. «Unsere Machtelite war wie ein Luftballon. Es machte (bumm), und sie war weg», sagt Andrej Purgin. Nicht in Kiew, sondern in Donezk fand tatsächlich eine Revolution statt, in deren Verlauf die Oligarchen aus der Region vertrieben und ein echter Systemwechsel eingeleitet wurde.

Die Entfremdung der Bevölkerung in den «Donbass-Volksrepubliken» von der Ukraine ist seit Beginn des Konflikts im Frühling 2014 deutlich gewachsen. Neben Artilleriebeschuss, der immer wieder auch zivile Opfer fordert, hat dazu auch die Anfang Dezember 2014 von der Ukraine verhängte Finanz- und Wirtschaftsblockade beigetragen. Welche Haltung sich darin ausdrückte, hatte der damalige Präsident Poroschenko im November 2015 in einer Rede in Odessa deutlich gemacht. Dabei sagte er über die Lage in den «Volksrepubliken»: «Bei uns gehen die Kinder in die Schule und in den Kindergarten, bei ihnen sitzen sie im Keller.» Und er fügte hinzu: «So, genau so gewinnen wir den Krieg.» Dass diese von Hass und Verachtung gegen die Bewohner des Donbass geprägte Haltung kein Ausrutscher Poroschenkos war, bewies der damalige ukrainische Kulturminister Jewgenij Nischtschuk im November 2016. Der Westukrainer verkündete in einer Fernsehdebatte, im Donbass gebe es «überhaupt keine Genetik» (er meinte ukrainische Gene).

Mit dem Nordwind

In Donezk zweifelt kaum jemand daran, dass im Falle eines militärischen Angriffs der Ukraine «der Nordwind wehen» würde, wie militärische Hilfe aus Russland im Donbass umschrieben wird. Die langfristigen Erwartungen vieler Donbass-Bewohner an die Zukunft fasste der Leiter der «Donezker Volksrepublik», Denis Puschilin, auf einer Pressekonferenz am 7. April zusammen: «Ich bin mir sicher, dass die Stunde kommt, in der der Donbass wie die Krim nach Hause zurückkehrt.»

Die Ukraine verfügt sieben Jahre nach der Pseudorevolution des Maidan weder über das politische noch über das militärische Potential, die «Volksrepubliken» des Donbass in ihren Machtbereich einzufügen. Mehr noch, die Macht Kiews stösst auch in den von ihr militärisch kontrollierten Gebieten des ukrainischen Südostens auf wachsende Gegnerschaft. Verlöre Kiew die Kontrolle über diese Gebiete, empfänden viele Bewohner dies als Befreiung.

Quelle: junge Welt, Kürzung: UW.



Assange: Im Westen nichts Neues

Vergessen als Strafe

Eine Stunde Hofgang pro Tag, den Rest Isolationshaft in seiner Zelle. So sieht der Tagesablauf des wohl prominentesten politischen Gefangenen aus. Den Medien ist das Schicksal von Julian Assange kaum mehr eine Zeile wert.

Von Alva Noi

Es ist schon erbärmlich. Da ermöglicht einer den Blick in die dunkelsten Ecken von Verbrechen und Grausamkeiten und rüttelt regelmässig die Öffentlichkeit auf. Die Presse bedient sich seiner Enthüllungen querbeet, das Interesse an den geleakten Inhalten ist so breit wie berechtigt. Und zum Schluss vegetiert er selbst vergessen in einer Zelle in Belmarsh, ohne seelische und soziale Nahrung. Wo bleibt da der Aufschrei! Schlagzeilen um Assange kann es kaum mehr geben. Ausser er stirbt oder wird ausgeliefert und zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Die Frage, wie kann so etwas passieren, ist völlig fehlt am Platz. Vielmehr sollte sie heissen: Wer arrangierte dies und wieso mit dieser Heftigkeit?

Viel wurde über die Bedeutung von Assange bereits geschrieben. Dennoch ein Versuch der Erinnerung mit einem weiteren Aspekt.

«Collateral Murder» als Fanal

Am 5. April 2010 veröffentlichte Wikileaks das bekannte Video «Collateral Murder». Bei einem Überfall im Jahre 2007 in Bagdad kamen durch den Beschuss eines US-amerikanischen Hubschraubers fast 20 Personen ums Leben, darunter auch zwei Reuters-Journalisten. Durch die Veröffentlichung von Wikileaks wurde klar, was genau passierte. Und da kam – sofern man dies bei einem so scheusslichen Verbrechen überhaupt denken darf – etwas ganz anderes und noch viel Interessanteres ans Tageslicht. Was die Originalaufnahmen der Bordkameras zeigten, das stand in krassem Gegensatz zur offiziellen und zum Teil durch die Medien verbreiteten Version. Wikileaks lenkte die Aufmerksamkeit nicht nur auf ein Kriegsverbrechen, sondern auch auf den Umgang mit eben diesem Verbrechen. Das Vertuschen und Verleugnen der Verantwortlichen wurde als Methode mehr als sichtbar. Sparringpartner auch diesmal: Die Medien.

Reuters stellt Fragen

Zwei für die Nachrichtenagentur Reuters arbeitende Journalisten waren beim Überfall getötet worden. Reuters forderte die US-Streitkräfte zur Aufklärung des Vorfalls auf. Die Agentur verlangte insbesondere Zugang zu den Filmaufnahmen der Bordkameras und den Gesprächen zwischen

den Piloten, den Bodentruppen und dem Hauptquartier. Fehlanzeige – das US-Militär willigte nicht ein und half nicht bei der Aufklärung. Der Darstellung von Augenzeugen stand die Version des Militärs gegenüber: im Kampf gefallen.

Die Enthüllungen mit Originaldokumenten am 5. April 2010 durch Wikileaks pflügte dann die Medienlandschaft richtiggehend um. Der Version der Militärs wurden einerseits Originaldokumente entgegengehalten. Lügen zwecklos, alle konnten hören und sehen, was geschah. Das war ein grosser Schritt. Anderseits aber und viel wichtiger: Die Medien kamen in Zugzwang. Wer nicht darüber berichtete, wurde unglaubwürdig. Der Mainstream war gezwungen, der offiziellen Version zu widersprechen. Die geleakten Videos in ihrer medialen Verbreitung im Internet und in ihrer einfachen Lesart zwangen die Medienhäuser zur Publikation. Schweigen war nicht mehr möglich. Wikileaks beeinflusste die Agenden der Redaktionen. Noch nie waren grosse Medienhäuser der Wahrheit so verpflichtet, wie in diesen Tagen. Noch nie war es für jeden Leser oder Konsumenten von Nachrichten so leicht, zwischen Fakt und Fake zu unterscheiden. Der Mut von Wikileaks machte dies mit Hilfe des Internets möglich.

Trauriges Jubiläum

Am 11. April 2021 jährte sich die Verhaftung von Julian Assange zum zweiten Mal. Einzig Telebasel griff in der Schweiz auf ihrer Homepage die SDA-Meldung von «Reporter ohne Grenzen» mit der Freilassungsforderung auf. Dem ganzen Rest, von SRF bis Tagi, von NZZ bis WoZ, von Tamedia bis Ringier, war das Schicksal des wohl wichtigsten gefangenen Journalisten und Verlegers egal. Keine Zeile, kein Vermerk, kein Aufschrei! Doch wie bräuchte die Welt auch heute einen, der die Macht der Ignoranz bricht. Wie bräuchte die Welt einen, der die Mächtigen der Medienhäuser zwingt, die Verluderung der Presse zu stoppen. Es ist zu befürchten, dass Julian Assange dies nie mehr wird tun können. Geht es ihm besser, so verschwindet er von der Bildfläche und wird von der amerikanischen Justiz verurteilt. Geht es ihm schlechter, so bleibt er in Belmarsh. Es bräuchte heute wiederum einen Assange, um den nötigen Druck zu erzeugen.

Unsere Welt 6 Mai 2021

Krieg im Kaukasus

Gefangen im Teufelskreis

Armenien konnte dem militärisch überlegenen Aserbaidschan im zweiten Krieg um Bergkarabach nicht standhalten. Es verlor die Kontrolle über die umstrittene Region Bergkarabach sowie über sieben aserbaidschanische Provinzen, die es in den 90er Jahren besetzte. Die Zukunft Bergkarabachs bleibt ungewiss.

Von Tarek Idri

Im Herbst 2020 fand im Kaukasus ein Krieg statt zwischen zwei Staaten. Keine leeren Drohungen, keine blossen Grenzprovokationen, kein kleiner Konflikt ohne Konsequenzen: 44 Tage lang führten Armenien und Aserbaidschan einen Krieg gegeneinander, der in der Niederlage Armeniens endete. Die Welt reagierte mit einem Schulterzucken. Aber der sogenannte zweite Krieg um Bergkarabach hat über die neue Grenzziehung hinaus geopolitische Auswirkungen, die nicht zu unterschätzen sind.

Beginnen wir von vorne: Der Krieg war der zweite Krieg, der um die Region Bergkarabach geführt wurde. Zwei Staaten standen sich hier gegenüber. Auf der einen Seite Armenien

len war, an, Shusha zur Hauptstadt von Bergkarabach zu machen. Und im August und September wurden Pläne vorangetrieben, das bergkarabachische Parlamentsgebäude nach Shusha zu verlegen. Der aserbaidschanische Aussenminister nannte es einen weiteren Schritt der «ethnischen Säuberung in den besetzten Gebieten». Zusammen mit heftigen Grenzscharmützeln im Juli dürfte diese Provokation zum Ausbruch des Krieges beigetragen haben. Die tatsächlichen Hintergründe des Krieges liegen aber weiter in der Vergangenheit zurück.

Teile und herrsche!

Bergkarabach ist eine kleine Bergregion, die im östlichen Südkaukasus nahe Armenien, aber innerhalb der



Der Präsident Aserbaidschans besucht einen Park mit Kriegstrophäen, wie hier die Helme von gefallenen armenischen Soldaten. Foto: Pressedienst von Aserbaidschan

mit drei Millionen EinwohnerInnen, die kleinste und ärmste Republik im Südkaukasus ohne nennenswerte Bodenschätze. Auf der anderen Seite Aserbaidschan mit zehn Millionen EinwohnerInnen, dreimal so gross, und vor allem sehr reich. Durch den Export von Erdöl und Erdgas ist Aserbaidschan zu einer der reichsten Republiken der ehemaligen Sowjetunion aufgestiegen. Dazu kam, dass Aserbaidschan im Krieg bedingungslos von der Türkei unterstützt wurde – mit Drohnen, unzähligen Militärberatern und nicht zuletzt mit aus Syrien stammenden und von Ankara bezahlten Dschihadisten. Dem hatte Armenien wenig entgegenzusetzen.

Schnelles Einlenken

Der Krieg wurde am 27. September 2020 losgetreten, als aserbaidschanische Truppen die umstrittene Region Bergkarabach angriffen. 44 Tage später war der offene Konflikt beendet. Armenien sah sich gezwungen, ein Waffenstillstandsabkommen zu unterzeichnen, nachdem Aserbaidschan die Stadt Shusha eingenommen hatte, die direkt neben der Hauptstadt von Bergkarabach, Stepanakert, gelegen ist. Der Präsident von Bergkarabach, Araik Arutjunjan, erklärte das überraschend schnelle Einlenken so: «Die Kämpfe waren zwei bis drei Kilometer von Stepanakert entfernt. Ohne diese Entscheidung hätten wir Bergkarabach gänzlich verloren und viel grössere Verluste gehabt.»

Die Stadt Shusha hat für die ArmenierInnen, aber noch mehr für die AserbaidschanerInnen eine wichtige historische und kulturelle Bedeutung. Anfang 2020 kündigte der armenische Premierminister Nikol Paschinjan, der in seiner bisherigen Amtszeit durch eine härtere Linie im Bergkarabach-Konflikt aufgefal-

Republik Aserbaidschan liegt. Das Gebiet wird seit Jahrhunderten mehrheitlich von ArmenierInnen bewohnt, gegenwärtig hat es etwa 150000 EinwohnerInnen. Zu Beginn des 19. Jahrhundert geriet es unter die Herrschaft des russischen Zarenreichs. Südkaukasien war damals in verschiedene Gouvernements aufgeteilt, wobei Bergkarabach einem aserbaidschanischen Gouvernement zufiel. Das Ziel des Zaren war es, ethnisch eindeutige Mehrheitsgebiete zu verhindern, nach dem Prinzip «Teile und herrsche!». Ostarmenien selber war in zwei Provinzen aufgeteilt.

Die WestarmenierInnen, die im osmanischen Reich lebten, wurden als christliche Minderheit bereits im 19. Jahrhundert mehrmals Opfer von Massakern und Pogromen. 1915 jedoch verübten die sogenannten Jungtürken zusammen mit kurdischen Kräften einen Völkermord am armenischen Volk. Den ArmenierInnen wurde im Ersten Weltkrieg vorgeworfen, den christlichen Kriegsgegner Russland zu unterstützen und Hochverrat am Osmanischen Reich zu betreiben. Dem Genozid fielen insgesamt rund 1,5 Millionen ArmenierInnen zum Opfer. Die Menschen wurden in die syrische Wüste deportiert und dort ermordet.

In Russland wurde die Zarenherrschaft gegen Ende des Ersten Weltkriegs von den Bolschewiki gestürzt. Im Kaukasus entstanden drei Sozialistische Sowjetrepubliken (SSR), die Aserbaidschanische, Armenische und die Georgische, welche 1922 in der Transkaukasischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik vereinigt wurden. Bergkarabach war darin als Autonome Region der Aserbaidschanischen SSR angegliedert und blieb in dieser Form bis zum Ende der Sowjetunion bestehen.

Der erste Krieg

1988 und 1989 kam es zu Pogromen in aserbaidschanischen Städten gegen ArmenierInnen, bei denen mehrere hundert Menschen umkamen. In der Folge flohen Hunderttausende ArmenierInnen in die Armenische SSR und umgekehrt fast genauso viele AserbaidschanerInnen aus Armenien nach Aserbaidschan. Es begannen Kampfhandlungen zwischen den beiden Sowjetrepubliken, die von Moskau zeitweise wieder eingedämmt werden konnten.

Als Aserbaidschan im August 1991 aus der Sowjetunion austrat und sich für unabhängig erklärte, spaltete sich das Autonome Gebiet Bergkarabach von Aserbaidschan ab und erklärte sich zur unabhängigen Sowjetrepublik innerhalb der UdSSR. Die regionale Regierung berief sich dabei auf das Unionsgesetz, dass jedem Autonomen Gebiet das Recht einräumte, sich von einer austretenden Sowjetrepublik loszulösen. Die Entscheidung wurde von der Bevölkerung Bergkarabachs in einem Referendum bestätigt, bei dem sich 82 Prozent für die Abtrennung von Aserbaidschan aussprachen. Somit war die Abspaltung Bergkarabachs legal und vollzog sich konform zum damals geltenden sowjetischen Staatsrecht.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion entwickelten sich die Spannungen und Konflikte zwischen ArmenierInnen und AserbaidschanerInnen zu einem zwischenstaatlichen Krieg. Obwohl Armenien gegenüber Aserbaidschan schon damals an Truppenstärke und Waffensysteme unterlegen war, konnte es aus dem ersten Krieg um Bergkarabach, der von 1992 bis 1994 andauerte, siegreich hervorgehen. Armenien brachte neben Bergkarabach noch sieben an Armenien grenzende aserbaidschanische Bezirke unter seine Kontrolle, die bis letztes Jahr besetzt waren. Der Konflikt wurde eingefroren: Am 12. Mai 1994 unterzeichneten die kriegsführenden Parteien in Moskau ein Waffenstillstandsabkommen. Zehntausende Menschen waren im Krieg ums Leben gekommen. Von beiden Seiten waren Massaker an der Zivilbevölkerung verübt worden. Die AserbaidschanerInnen in Bergkarabach und den sieben besetzten Bezirken mussten fliehen und ihr Hab und Gut zurücklassen.

Der Neun-Punkte-Plan

Vor diesem Hintergrund brach 2020 der zweite Krieg um Bergkarabach aus. Durch die Erdgaseinnahmen hatte sich Aserbaidschan in der Zwischenzeit massiv aufgerüstet: Zwischen 2009 und 2018 betrugen die Ausgaben für das Militär umgerechnet 24 Milliarden US-Dollar, während Armenien im gleichen Zeitraum vier Milliarden US-Dollar für die Rüstung ausgab. Mittlerweile ist das aserbaidschanische Militärbudget allein ungefähr so gross wie der gesamte Staatshaushalt Armeniens.

Der zweite Krieg um Bergkarabach endete wieder in einem Waffenstillstandsabkommen. Das Abkommen beinhaltet einen Neun-Punkte-Plan, der ganz klar Aserbaidschan begünstigt: Die im ersten Krieg von Armenien besetzten Bezirke werden etappenweise komplett an Aserbaidschan zurückgegeben. Die Stadt Shusha bleibt unter aserbaidschanischer Kontrolle. Die armenischen Truppen werden in Bergkarabach durch ein russisches Friedenskontingent ersetzt. Die Verbindung zwischen Armenien und Bergkarabach wird einzig durch einen fünf Kilometer breiten Korridor, den Latschin-Korridor, aufrechterhalten, der vom russischen Friedenskontingent gesichert werden soll.

Ein weiterer Punkt des Plans besteht darin, dass eine neue Verkehrsinfrastruktur durch Armenien gebaut werden muss, welche die aserbaidschanische Exklave Nachitschewan (die an die Türkei grenzt) mit Aserbaidschan verbinden soll. Es handelt sich hierbei um den Hauptpreis, den Ankara mit dem militärischen Eingreifen gewinnen konnte: ein Korridor durch Armenien hindurch, der die Türkei über Aserbaidschan mit dem Kaspischen Meer und Zentralasien verbinden wird. Ausserdem erhält die Türkei mit dem abgeschlossenen Abkommen die Möglichkeit, ihre Truppen in Aserbaidschan als Friedenstruppen zu stationieren – womit diese auf unbestimmte Zeit im Kaukasus bleiben können.

Hauptfrage bleibt ungelöst

Der Ausgang des Krieges ist ein schwerer Schlag für Armenien. In den besetzten Gebieten lebten Tausende armenische SiedlerInnen, die nun wieder zurückkehren müssen. Neben den territorialen Verlusten muss das Land rund 3 500 Tote und doppelte so

viele Verletze und Invalide verkraften. Auf der anderen Seite hat Aserbaidschan wohl mehr erreicht, als es sich erhofft hatte: Die Zurückeroberung von allen sieben Bezirken um Bergkarabach plus die Stadt Shusha. Etwa eine halbe Million vertriebene AserbaidschanerInnen dürften in die zurückeroberten Gebiete zurückkehren, was umgekehrt für die armenischen SiedlerInnen Vertreibung bedeutet – und damit weiteren Zündstoff bietet für zukünftige Konflikte.

Im Neun-Punkte-Plan wurde die Hauptfrage jedoch nicht geregelt: Wie steht es um den Status von Bergkarabach? Dass diese Frage nicht geklärt wurde, dürfte kein Zufall sein. Aus Sicht von Aserbaidschan ist ein ungeklärter Status vorteilhafter als eine komplette Einverleibung der Region. Einerseits hätte eine Eroberung Bergkarabachs «nur unter Mühen und viel Blutvergiessen durchgesetzt werden können und das internationale Ansehen Aserbaidschans schwer geschädigt», urteilt der Kaukasus-Experte Thomas de Waal. Andererseits hätte Aserbaidschan durch eine wirkliche Einverleibung der Bergkarabach-Region einen hohen Grad an Autonomie erteilen müssen, was eine Änderung der aserbaidschanischen Verfassung bedeutet hätte. Für Aserbaidschan war es deshalb weit vorteilhafter, «die Verantwortung für die Bergkarabach-ArmenierInnen in einem kleinen, geschlossenen Gebiet an Moskau abzutreten». Angesichts dieser Umstände ist die zukünftige Situation von Bergkarabach völlig unsicher.

Kein Schwarz-Weiss-Bild

Es muss gesagt werden: Völkerrechtlich gesehen beging Aserbaidschan mit dem zweiten Krieg um Bergkarabach eindeutig einen Rechtsbruch, da es sich um einen verbotenen Angriffskrieg handelte. Armenien seinerseits brach internationales Völkerrecht, als es im ersten Krieg sieben aserbaidschanische Bezirke militärisch besetzte. Trotz mehreren Aufforderungen und Resolutionen der Vereinten Nationen innerhalb der letzten 25 Jahren blieben die besetzten Gebiete unter armenischen Kontrolle und wurden von ArmenierInnen besiedelt.

Die Situation ergibt offensichtlich kein einfaches Schwarz-Weiss-Bild. Damit in Zukunft der Teufelskreis aus Rache und Vertreibung gebrochen wird, braucht es einen Prozess der Versöhnung und des Dialogs zwischen den beiden Völkern.



Die dunkel gefärbten Gebiete um Bergkarabach wurden von Aserbaidschan zurückerobert. Als Verbindung zu Armenien bleibt einzig der Latschin-Korridor. Grafik: UW

Unsere Welt 7 Mai 2021



«Ich werde nicht im Dienst des Zionismus sterben.» Israelische FriedensaktivistInnen vor einem Militärgefängnis. Foto: Mesarvot

Kriegsdienstverweigerung in Israel

«Freiheit ist etwas Kostbares»

In Israel werden Menschen, die den obligatorischen Militärdienst verweigern, verfolgt und mit Gefängnis bestraft. Hallel Rabin hat sich aus politischer Überzeugung entschlossen, nicht ins Militär einzutreten. Die Folgen waren hart.

Von Anjuman Rahman

Die 19-jährige Hallel Rabin aus Israel musste 56 Tage im Gefängnis verbringen, weil sie sich weigerte, Militärdienst zu leisten. Für Aussenstehende mag die Entscheidung, nicht in eine brutale und unmoralische Armee einzutreten, leicht erscheinen, aber sie ist verbunden mit einem hohen Preis. Die junge Frau musste für diese Entscheidung schwere Konsequenzen tragen, neben der Gefängnisstrafe wurde sie angefeindet, ihr wurde «Hochverrat» vorgeworfen, sie erhielt Todesdrohungen in den sozialen Medien. Die Militärdienstverweigerung aus politischen oder ideologischen Gründen braucht Mut und ein Mass an sozialem Bewusstsein, dass selten ist in einer Gesellschaft, die tief gespalten und militarisiert ist.

Von klein auf militarisiert

«Das Militär ist eines der am besten organisierten und am besten geölten Systeme im Land und es wird beinahe als Tabu betrachtet, es aus ideologischen, moralischen oder politischen Gründen abzulehnen. Meine Weigerung rief entsprechend feindselige Reaktionen und Ausdrücke von Hass und Wut hervor», erklärte die 19-Jährige gegenüber «Middle East Monitor».

Die israelische Armee (IDF) wurde 1948 vom ersten israelischen Ministerpräsidenten David Ben-Gurion gegründet, der überzeugt war, dass «die ganze Nation die Armee» sei. Alle jüdischen und drusischen BürgerInnen Israels über 18 Jahren sind verpflichtet, Militärdienst zu leisten; die arabische Bevölkerung, 20 Prozent der Gesamtbevölkerung, ist davon ausgenommen. Menschen, die den Militärdienst verweigern, wie Hallel, sind dabei selten.

«Schon im Kindesalter wissen alle in der Bevölkerung, dass es ihre zukünftige Pflicht sein wird, in der Armee zu dienen», erklärt Hallel. Bei ihrer ersten Begegnung mit dem Militärsystem im Alter von 17 Jahren erklärte sie, dass sie der Armee nicht beitreten werde aufgrund der israelischen Politik gegen die PalästinenserInnen. Die Armee schikaniert, bedroht und tötet das palästinensische Volk regelmässig und ungestraft mit Militärjets, Drohnen und Panzern seit Jahrzehnten. Diese Verbrechen werden stets im Namen der Sicherheit und Selbstverteidigung legitimiert. Das Resultat ist ein System, das israelische SoldatInnen oftmals aus der Verantwortung nimmt für alles ausser den schlimmsten und offensichtlichsten Exzessen, und manchmal auch für diese.

«Nach meiner Entscheidung, dem Militär nicht beizutreten, musste ich vor ein Gewissens-Komitee treten, um ohne Gefängnisstrafe entlassen zu werden. Mein Antrag wurde jedoch drei Tage vor dem Einrückungstermin abgelehnt», sagt Hallel. «Der Tag der Einrückung kam und ich wusste, ich würde an diesem Tag ins Gefängnis geschickt werden.» Nach sorgfältiger Reflexion und mit dem Beschluss, dass der Militärdienst nicht mit ihren Prinzipien vereinbar wäre, trat sie



«Ich weigerte mich, in die Israelische Armee zu gehen. Ich möchte keine Soldatin für die Besetzung Palästinas werden.» Dienstverweigerin aus Gewissensgrunaen Hallel Rabin (19). Quelle: Twitter

«Mesarvot» bei, einer Graswurzelbewegung, die Individuen zusammenbringt, die sich aus Protest gegen die Besatzung Palästinas weigern, den Militärdienst zu leisten.

Gleichheit, Freiheit, Frieden In Israel wird die Armee als «moralischste Armee der Welt» bezeichnet, entsprechend wird der Dienst in den IDF als Ehre betrachtet. Das Militär präsentiert sich als Institution, die soziale Mobilität ermöglicht – als eine Brücke in die israelische Gesellschaft. In Wirklichkeit, erlaubt sie, dass «Kriminelle, Diebe und Betrüger den Staat beherrschen können», welcher ein ganzes Volk unter «unserer Kontrolle» hält ohne demokratische Rechte, erklärt Hallel. Ihre Familie unterstützt sie, trotz gewisser Sorgen. «Mir wurde gelehrt, Prinzipien, Verantwortungsbewusstsein sowie Werte wie Gleichheit, Freiheit, Frieden und Liebe wertzuschätzen. Die Tatsache, dass ich inhaftiert und verurteilt wurde aufgrund meiner Überzeugungen und meiner Lebenseinstellung, welche auf Gewaltlosigkeit beruht, war frustrierend, entmutigend und empörend. Gleichzeitig habe ich im Gefängnis gelernt, aktiv zu werden und Konsequenzen zu ertragen.»

Hallel verbrachte insgesamt 56 Tage ab August 2020 im Militärgefängnis «Nummer Sechs». Ihr drohten weitere 80 Tage unter Hausarrest, aber sie wurde davon befreit, nachdem ein Militärgericht entschied, dass ihr Pazifismus nicht aus «politischen Überlegungen» hervorging, was ihr eine noch längere Haftstrafe eingebracht hätte. Es war nicht Naivität oder Gedankenlosigkeit, dass sie überhaupt eine Gefängnisstrafe absass, sondern eine bewusste Entscheidung, den schwereren Weg zu nehmen. «Im Gefängnis habe ich gelernt, mit Menschen zu kommunizieren, die kulturell sehr verschieden sind von mir. Ich habe gelernt, keine Angst vor meinen Handlungen zu haben und dass Freiheit etwas Kostbares ist.» Hallel glaubt, dass sie eine Kostprobe erlebt hat von dem, was inhaftierte und unterdrückte Menschen jeden Tag durchleben. Die Aufmerksamkeit, die ihrer Geschichte im Internet zuteil wurde, überraschte sie. Sie erkannte jedoch, dass es eine Chance war, die Öffentlichkeit auf die Rolle der Armee aufmerksam zu machen, welche sie innerhalb des Unterdrückungssystems Israels spielt. «Wieso gibt es eine Diskriminierung von Menschen aufgrund von Religion und Sprache?», fragt Hallel. «Was ist unser Platz in dieser Sache? Wie verhalten wir uns in dieser Situation? Was sind unsere Pflichten und Rechte?»

Atmosphäre der Verfolgung

Jeden Tag verhaften, schlagen oder töten israelische SoldatInnen PalästinenserInnen. Ein belastender Bericht, der im November von israelischen Menschenrechtsgruppen veröffentlicht wurde, verurteilt die illegalen Hausdurchsuchungen von PalästinenserInnen durch Israels Militär, eine Praxis, die gegen internationales Recht verstosse: «Hausdurchsuchungen durch das israelische Militär in der Westbank sind Teil der Routine der Besatzung und des Systems der Kontrolle über die palästinensische Bevölkerung.» Die zweijährige Studie von Yesh Din, Breaking the Silence und anderen Organisationen zeigt auf, dass regelmässig Angriffe, Überfälle und Akte des Vandalismus in palästinensischen Städten der besetzten Westbank stattfinden. Täter sind illegale SiedlerInnen und SoldatInnen. Ausgehend von Berichten von SoldatInnen ist das implizite Ziel der Razzien eine «Machtdemonstration»

und die «Schaffung einer Atmosphäre der Verfolgung». Es geht darum, Menschen – und ganze Gemeinschaften – davon abzuhalten, in politischen Aktivitäten gegen das herrschende Regime teilzunehmen.

Hallel sagt: «Der öffentliche und politische Diskurs rechtfertigt Gewalt und Ungleichheit und es gibt eine wachsende Delegitimierung der Meinung von Menschen, die an eine gewaltlose Alternative glauben.» Ein grosses Problem ist, dass die Armee

in den Augen von israelischen JüdInnen die angesehenste öffentliche Einrichtung ist. «Das muss sich ändern», sagt sie.

Hallel sagt: «Wir Menschen, wo auch immer wir uns befinden, haben ein einfaches und klares Interesse – in Frieden und Sicherheit zu leben. Das ist überall möglich, auch hier, in diesem tief gespaltenen, blutenden Land, um das die Menschen kämpfen.»

Ouelle: Middle East Monitor, von der Redaktion übersetzt und gekürzt..

Ins Militär wegen Corona

tai. Durch die COVID-19-Pandemie steigt die Arbeitslosigkeit überall auf der Welt in grossem Ausmass an. Wirtschaftskrisen sind immer ein fruchtbarer Boden für das Militär, um neue SoldatInnen zu rekrutieren, die sonst studieren oder in die Arbeitswelt eintreten würden. In der gegenwärtigen Corona-Krise erweist sich für viele junge Menschen der Beitritt zum Militär als ein Ausweg aus der drohenden Armut. Ohne bessere Alternativen treten sie unter grossem persönlichen Risiko dem Militär bei, in der Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Mehrere Länder auf der ganzen Welt haben im letzten Jahr einen Anstieg der Rekrutierungsrate ins Militär erlebt, insbesondere in den letzten Monaten des Jahres 2020 und den ersten Monaten des Jahres 2021.

In Südkorea besteht eine Wehrpflicht für Männer, und für die ersten vier Monate des Jahres 2021 wurden 195 000 Bewerbungen eingereicht, ein Anstieg von 44 Prozent gegenüber den ersten vier Monaten des Jahres 2020. In Israel, wo sich alle (jüdischen und drusischen) Männer und Frauen ab dem Alter von 18 Jahren für eine zweijährige Dienstzeit verpflichten müssen, wurde im vergangenen Jahr beobachtet, dass mehr RekrutInnen eine Verlängerung ihres Militärdienstes beantragten, um weiterhin ein Einkommen zu erzielen.

Die australischen Streitkräfte verzeichneten von Januar 2020 bis Anfang September einen Anstieg der Rekrutierungsanträge um 23 Prozent. Die höchsten Anstiegsraten kamen aus urbanen Regionen, in denen die Arbeitslosigkeit stärker gestiegen ist. In Grossbritannien wurde die Rekrutierungsquote für 2020 deutlich übertroffen, was nur in den wenigsten Jahren gelingt. Das britische Kriegsministerium gibt offen zu, dass «die Krise ein Faktor war, der die jungen Leute zum Eintritt bewogen hat».

In der US-Armee stieg die Wiedereinstiegsrate um 10 Prozent. Allerdings traten hier insgesamt weniger Menschen neu ins Militär ein als vor dem Ausbruch der Pandemie. Grund dafür ist, dass Rekrutierungszentren geschlossen wurden und nur noch online Rekrutierungsgespräche geführt werden dürfen. Auch in Frankreich konnte die Armee durch die längeren Shutdowns weniger Menschen rekrutieren. Für die Schweiz wurden noch keine Zahlen zum Armeebestand ab Ausbruch der Pandemie veröffentlicht.

Schweizerische Friedensbewegung SFB

Jahrestagung 2021

Samstag, 26. Juni 2021, 17:00 Uhr mit anschliessendem Apéro voraussichtlich Restaurant Rebhaus (Saal im 1. Stock), Riehentorstrasse 11, Basel (nahe Wettsteinplatz)

Traktanden:

Jahresberichte: Sekretariat • Redaktion • Finanzen Wahl des Vorstands • Ausblick und Anregungen

Die Jahresversammlung ist öffentlich. Interessierte sind herzlich eingeladen. Aus organisatorischen Gründen bitten wir ausnahmsweise um Voranmeldung: mail@friedensbewegung.ch • 061 681 03 63

Die definitiven Informationen kurz davor auf www.friedensbewegung.ch

Talon zum Mitbewegen

vaine	vorname.		
Strasse:	Mail (fak.):		
PLZ: Wohnort:			
Ich abonniere die UW (Abo-Preis: M	(indestens Fr. 12.–/Jahr)		
IIch möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)			
Ich möchte ein Probeabonnement der	r UW		
IIch verteile die UW. Bitte stellen Sie aktuellen Ausgabe zu.	mir gratis Exemplare der		
Oatum: Unterschrift:			
Zutreffendes ankreuzen, ausschneide	n und einsenden an: Schweizerische		

Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, mail@friedensbewegung.ch

Unsere Welt 8 Mai 2021

ISSN 1423-6826 unserewelt@friedensbewegung.ch www.friedensbewegung.ch



Unsere Welt



Rosa Luxemburg. Quelle: Deutsches Historisches Museum

150 Jahre Rosa Luxemburg

Erschütternde politische Orkane

Die deutsche Revolutionärin Rosa Luxemburg bestimmte um 1900 den Kampf um den Frieden als Hauptkampffeld der Arbeiterklasse. Im Gegensatz zu anderen in der SPD, die den Kolonialismus und die deutsche Kriegspolitik schön redeten, hat sie die Gefahren klar erkannt.

Von Arnold Schölzel

Im Frühjahr 1915 schrieb Rosa Luxemburg im Berliner Frauengefängnis das Ergebnis ihres Nachdenkens über die Ursachen der Katastrophe des Vorjahrs nieder. Am 4. August 1914 hatte die SPD-Reichstagsfraktion den Kriegskrediten zugestimmt und die Sozialistische Internationale zusammenbrechen lassen. Die SPD hatte auch nicht gegen den verbrecherischen Überfall deutscher Truppen auf Belgien am selben Tag protestiert und sich in den Augen vieler Zeitgenossen mit beidem aus der Zivilisation verabschiedet.

Der Kampf gegen Krieg als Programm

Es ging nicht um Taktik, sondern – so sahen es die marxistischen Kriegsgegner aller Länder – um Weltgeschichte: Der Kampf um den Frieden war zum Hauptinhalt des proletarischen Klassenkampfes geworden. Rosa Luxemburg schrieb in ihrem Manuskript, das 1916 unter dem Pseudonym «Junius» erschien: «Die Zukunft der Menschheit hängt davon ab, ob das Proletariat sein revolutionäres Kampfschwert mit männlichem Entschluss in die Waagschale wirft (...) Und sollte die heutige Führerin des Proletariats, die Sozialdemokratie, nicht zu lernen verstehen, dann wird sie untergehen, um Menschen Platz zu machen, die einer

neuen Welt gewachsen sind.» Aus ihrer Sicht, die der Lenins entsprach, löste, wer seine Partei zum Anhängsel bürgerlicher Kriegsparteien machte, die proletarische Klassenpartei auf. Die mehr als 60-jährige Geschichte selbstständiger Arbeiterparteien war beendet, es galt, sie neu zu gründen – in einer neuen Partei, in einer Dritten Internationale. Der Kampf gegen Imperialismus und Krieg sollte zu deren Programm werden.

«Drängen zur Kolonialpolitik»

Der Gegensatz von Imperialismus und Arbeiterklasse, von Imperialismus und Menschheit, ist unüberbrückbar, er ist antagonistisch. Um 1900 steckte er noch in den Anfängen. Es war Rosa Luxemburgs geniale Tat, ihn lange vor seiner Entfaltung erkannt und vor ihm gewarnt zu haben. Das war ihr weltanschaulicher und politischer Ausgangspunkt, mit dem sie im Mai 1898 in die deutsche Arbeiterbewegung eintrat. Sie hat ihn im Laufe der folgenden 20 Jahre präzisiert und schärfer gefasst; das Fundament

Luxemburg war mit ihrer Auffassung in der SPD noch nicht in der Minderheit. Kurz vor ihrer Ankunft in Berlin hatte zum Beispiel Wilhelm Liebknecht (1826 - 1900) in einer Reichstagsdebatte die deutsche Kolonialpolitik in China angeprangert und grundsätzlich gegen sie Stellung

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel, E-Mail: mail@friedensbewegung.ch, Telefon: 061/681 03 63 Verantwortlich für die Herausgabe: Tarek Idri, Jonas Jäggi

Redaktion: Franziska Genitsch, Julia Hoppe, Tarek Idri, Jonas Jäggi, Seyhan Karakuyu, Antoinette Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Samuel Wanitsch, Monika Waser E-Mail der Redaktion: unserewelt@friedensbewegung.ch

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich. Auflage: 3 000

Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7, IBAN: CH72 0900 0000 4000 1627 7 Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg

Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mitmachen

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 7. Herzlichen Dank!

genommen. Im März hatte das Kaiserreich die Bucht von Kiautschou, die bereits im November 1897 von deutschen Marineeinheiten besetzt worden war, für 99 Jahre von China gepachtet. Fast gleichzeitig sicherten sich Russland, Grossbritannien und Frankreich ebenfalls chinesische Territorien. Es war eine imperialistische Aktion – Vorläufer der gemeinsamen «China-Expedition» im Jahr 1900. Liebknecht erklärte unter anderem, er erblicke hier den «Anfang einer Politik, die Deutschland nur verderblich werden kann». Die Masse des deutschen Volkes habe «nicht das geringste Interesse» am Kolonialismus, allerdings sei «durch eine beispiellose Reklame» künstlich «Begeisterung» herbeigeführt worden. Die «Redensart» dazu sei: «Der deutsche Handel bedarf zu seinem Schutze einer Flotte, und die Flotte bedarf solcher festen Stationen, wie sie in Kiautschou beabsichtigt sind.» In der Gesellschaft liege offenkundig ein «Drängen zur Kolonialpolitik»: «Der Kapitalismus muss, nachdem er die Länder, in denen er herrscht, ausgeraubt hat, seine Räubereien weiter ausdehnen.»

Wer frage, wozu der Lärm in Asien und anderswo veranstaltet werde, erhalte von der Regierung die Antwort: «Weltpolitik». Das sei eine Politik, die sich «in alles, was in der ganzen übrigen Welt vorgeht» einmische, die sich einbilde, «die Weltvorsehung zu spielen», die wolle, «dass Deutschland der Weltgendarm sein soll, der überall dafür zu sorgen hat, dass der deutsche Einfluss massgebend ist, und Ruhe und Ordnung herrscht».

Elastischer Kapitalismus

Es gab aber auch ganz andere Stimmen, vor allem die Eduard Bernsteins. Er hatte seit 1896 in der theoretischen Zeitschrift der SPD, der «Neuen Zeit», in einer Artikelserie den «Revolutionarismus», das heisst den Marxismus, aus der Partei vertreiben und durch Reformen ersetzen wollen. In Heft 18 der «Neuen Zeit», im Januar 1898, brachte er sozusagen zum 50-jährigen Jubiläum des «Manifests der Kommunistischen Partei» seine Auffassungen auf den Punkt, als er behauptete, dass «die Beispiele ernsthafter Versuche, den wissenschaftlichen Sozialismus wissenschaftlich zu betätigen, noch sehr vereinzelt» seien. Die Annahme Friedrich Engels', dass Kartelle, Schutzzölle und Trusts zwar die klassischen Handelskrisen des 19. Jahrhunderts verzögern könnten, zugleich aber «den Keim zu weit gewaltigeren, künftigen Krisen in sich» trügen, kommentierte Bernstein mit den Worten, dagegen scheine ihm «mancherlei zu sprechen». Und zählte auf: «die Elastizität des modernen Kreditwesens bei enorm anschwellendem Kapitalreichtum, vervollkommneter Mechanismus des Verkehrs in allen seinen Zweigen - Post- und Telegrafendienst, Personen- und Güterverkehr, die Ausbildung der Handelsstatistik und des Nachrichtendienstes, die Ausbreitung der Organisationen der Industriellen, das sind die Tatsachen». Es spreche eine grosse Wahrscheinlichkeit dafür, dass «wir mit dem Fortschritt der wirtschaftlichen Entwicklung für gewöhnlich überhaupt nicht mehr mit Geschäftskrisen der bisherigen Art zu tun, und alle Spekulationen auf solche als die Einleiter der grossen geschichtlichen Umwälzung über Bord zu werfen haben werden». Darüber hinaus sei die Vorstellung von «einem Zusammenbruch des kapitalistischen Systems» nebelhaft und werde unwahrscheinlicher. Denn die Differenzierung der Industrie erhöhe die Anpassungsfähigkeit des Systems. Der Sozialismus liege daher in «ziemlich weiter Ferne», allerdings gebe es durch Ausdehnung staatlicher Kontrolle über die Wirtschaft, durch Ausbildung demokratischer Selbstverwaltung eine «stückweise vollzogene Verwirklichung des Sozialismus».

Fortschritt durch Kolonialismus? Den gestückelten Sozialismus im dif-

ferenzierten Kapitalismus fand Bern-

stein gut. In diesem Zusammenhang

formulierte er die klassische Formel

des Reformismus: «Ich gestehe es offen, ich habe für das, was man gemeinhin unter (Endziel des Sozialismus> versteht, ausserordentlich wenig Sinn und Interesse. Dieses Ziel, was immer es sei, ist mir gar nichts, die Bewegung alles.» Darunter verstehe er sowohl «die allgemeine Bewegung der Gesellschaft, d.h. den sozialen Fortschritt» als auch die Agitation und Organisation zu dessen «Bewirkung». Selten zitiert wird, was auf diese Sätze folgt, obwohl es entlarvender ist als die Thesen von Ausweitung der Demokratie im Kapitalismus und Einführung des Sozialismus durch Genossenschaften: Bernstein bekennt sich nämlich zum «Fortschritt» durch Kolonialismus. Selbstverständlich werde die Sozialdemokratie «jedem Kolonialchauvinismus und überhaupt jedem Chauvinismus entgegentreten», werde die «Vergewaltigung und betrügerische Ausraubung wilder oder barbarischer Völker bekämpfen», aber: «sie wird auf jeden Widerstand gegen ihre Einbeziehung in die Geltungssphäre zivilisatorischer Einrichtungen als zweckwidrig verzichten und ebenso von jeder grundsätzlichen Bekämpfung der Erweiterung der Märkte als utopistisch Abstand nehmen.» Ausdehnung der Märkte und der internationalen Handelsbeziehungen sei «einer der mächtigen Hebel des gesellschaftlichen Fortschritts gewesen». So sehr Bernstein die historisch-materialistische Sichtweise des «Manifests» hasste, so gern griff er auf die Auffassungen von Marx und Engels über die revolutionäre Bedeutung des kapitalistischen Weltmarktes zurück. Dass Kartelle, Trusts und Monopole, die Verschmelzung von Industrie- und Bankkapital, eine neue geschichtliche Phase reaktionärer Herrschaft und Kriege bedeuteten, sah er nicht, er machte vielmehr «sozialen Fortschritt» aus.

«Stütze des Militarismus»

Der Blick Rosa Luxemburgs auf den Kapitalismus um 1900 war grundlegend anders. Im Dezember 1898 formulierte sie zum Beispiel in einem Artikel über die Zurückdrängung der englischen Industrie auf dem Weltmarkt: «Und zwar sind die beiden Länder, die sich nun als erstklassige Potenzen um die Vorherrschaft auf dem Weltmarkt bewerben – Deutschland und die Vereinigten Staaten.»

Das Ergebnis des Krieges der USA gegen Spanien 1898 kommentierte sie wenig später mit den Worten, die Vereinigten Staaten hätten damit aufgehört, «eine nur amerikanische Macht zu sein, sie sind zu einer Weltmacht geworden» und betrieben nun eine «Politik der Annexion in fremden Weltteilen». Und sie griff, ohne den Namen Bernstein zu nennen, diesen direkt mit der Bemerkung an: «Wie komisch nimmt sich aber angesichts dieser gewaltigen Umwälzungen auf der anderen Hemisphäre, die einen neuen Wetterwinkel erschütternder politischer und ökonomischer Orkane geschaffen haben, das superkluge Räsonnement derjenigen aus, die da auf Grund eines Jahrzehnts deutscher Statistik der Welt verkünden, nun sei der Bestand der kapitalistischen Ordnung für unabsehbare Zeit gesichert?» Analog geisselte sie im Januar 1899 grundsätzlich die Relativierung des Kolonialismus, wie sie Bernstein vorgenommen hatte. Die Arbeiterklasse, so Rosa Luxemburg, sehe in der Kolonialpolitik «die kräftigste Stütze des Marinismus und des Militarismus, der reaktionären inneren Politik, ferner der Völkerfeindschaft, der internationalen Reibungen und Kriege, sie verurteilt endlich in der Kolonialpolitik prinzipiell die gewaltsame Beherrschung fremder Länder und fremder Völker».

Rosa Luxemburg zog die Konsequenz

Aus Analysen dieser Art zog Rosa Luxemburg wie kaum jemand anders in der Sozialistischen Internationale die Konsequenz: Was hier begann, könnte zu katastrophalen Folgen für die Arbeiterklasse und die Welt führen. Entsprechend gehe es für die sozialistische Bewegung, erklärte sie auf dem Kongress der Internationale im September 1900 in Paris, nicht einfach um die Wiederholung früherer Beschlüsse, sondern darum, «etwas Neues zu schaffen gegenüber der neuen Erscheinung der Weltpolitik». Der Kolonialismus habe in den vergangenen sechs Jahren vier Kriege und damit einen Umschwung in der Weltpolitik herbeigeführt, nun müssten die Arbeiterparteien gemeinsam reagieren: «Derselbe Militarismus, Marinismus, dieselbe Jagd nach Kolonien, dieselbe Reaktion überall und vor allem eine permanente internationale Kriegsgefahr oder wenigstens ein Zustand permanenter Animositäten, in den alle wichtigen Kulturstaaten gleichmässig verwickelt sind.»

Durchgesetzt hat sich in den sozialdemokratischen Parteien die Gesundbeterei des Kapitalismus durch Bernstein und seine reformistischen Anhänger – den Weltkriegen, Revolutionen und Konterrevolutionen, den Systemkrisen zum Trotz. Ist Rosa Luxemburg deswegen gescheitert? So wenig wie der Sozialismus. Sie hat ein klassisches Muster des Kampfes gegen die «reformistische Idiotie» (Dietmar Dath) geliefert.

Quelle: Unsere Zeit, Kürzung: UW.

Redaktionsschluss dieser Nummer: 15. April 2021